



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadratspräsident Michael Schenk (SVP): Guten Abend miteinander und herzlich willkommen. Schön, dass Sie alle nach den Ferien wieder anwesend sind; vor allem auch, dass wir zusammensitzen können und zusammen diskutieren dürfen. Wenn man so in die Welt hinausblickt, ist dies nicht selbstverständlich. Deshalb ist es schön, dass wir hier eigentlich eine gute Sache haben. Ich eröffne die Stadtratssitzung und bitte Simone Burkard Schneider um die Durchführung des Appells.

- 33 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 3 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.²

Stadratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Ich stelle zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenauflage erfolgten vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste ist wie gehabt auf der Webseite aufgeschaltet. Zur Traktandenliste habe ich im Weiteren folgende Information: Zu Traktandum Nr. 7 betreffend die Immobilienstrategie bat mich der Gemeinderat um eine Fristverlängerung, was gemäss der Geschäftsordnung möglich ist. Das Gesuch bedeutet, dass wir dieses Geschäft heute nicht behandeln und entsprechend auslassen. Meines Wissens wird es dann spätestens im Dezember und somit sicherlich noch in diesem Jahr behandelt. Der Grund für diese Fristerstreckung liegt darin, dass in der GPK diesbezüglich Fragen auftauchten, die sich in dieser kurzen Zeit nicht richtig beantworten liessen. Diese Fragen betrafen die Kosten für die extern beauftragte Firma, die Zusammensetzung und die Anzahl Sitzungen der Steuerungsgruppe sowie die Übersicht über die städtischen Liegenschaften. So gab ich diesem Gesuch statt, damit dann die Motion korrekt beantwortet und verabschiedet werden kann.

Wenn es nun keine Wortmeldungen zur Traktandenliste gibt, gehen wir zu Traktandum Nr. 1 über.

¹ Ein Stadratsmitglied erscheint unmittelbar nach dem Appell. Drei Stadratsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 37 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

² Zwei Gemeinderatsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 23. Oktober 2023

1. Protokoll der Stadtratssitzung vom 28. August 2023: Kenntnisnahme

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Das Protokoll der Stadtratssitzung vom 28. August 2023, inklusive dasjenige vom 4. September 2023, sind auf der Webseite einsehbar. Gibt es dazu Bemerkungen? Das scheint nicht der Fall zu sein und wir gehen zu Traktandum Nr. 2 über.



2. Wahl eines Mitglieds der Sozialkommission (Ersatzwahl für die per 31. August 2023 zurückgetretene Wälchli Cornelia [SVP])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Hier geht es um die Wahl eines Mitglieds in die Sozialkommission für die zurückgetretene Wälchli Cornelia von der SVP. Wird das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Dem ist nicht so.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wie Sie den Unterlagen entnehmen konnten, schlägt die SVP-Fraktion Michael Baumgartner als Nachfolger für die zurücktretende Cornelia Wälchli vor. Wünscht dazu jemand von der SVP das Wort?

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Gerne möchten ich Ihnen in wenigen Worten Michael Baumgartner als zukünftiges Mitglied der Sozialkommission vorstellen. Michael wäre heute Abend gerne anwesend gewesen, muss aber länger arbeiten und deshalb war dies nicht möglich. Michael Baumgartner wurde am 6. Juni 1991 in Langenthal geboren, ist in Thunstetten aufgewachsen und lebt heute mit seiner Lebensgefährtin wieder hier in Langenthal. Michael ist gelernter Dachdecker, dabei spezialisiert auf Flachdächer und arbeitet bei der Flückiger AG in Langenthal. Er ist politisch sehr interessiert und in seiner Freizeit fährt er gerne Ski und Wakeboard. Da musste ich zuerst einmal schauen, was das genau für ein Sport ist. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie unseren Vorschlag unterstützen könnten. Herzlichen Dank.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wird dieser Wahlvorschlag ergänzt? Nein, das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es weiteren Beratungsbedarf? Nein. Somit schreiten wir direkt zur Wahl. Wer Michael Baumgartner von der SVP seine Stimme als neues Mitglied der Sozialkommission geben möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte anzeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

Michael Baumgartner (SVP) ist als Mitglied der Sozialkommission gewählt, mit Wirkung ab 7. November 2023 für den Rest der bis zum 31. Dezember 2024 laufenden Legislaturperiode.

Herzliche Gratulation zur Wahl und ich wünsche Michael Baumgartner bereits von hier aus viel Spass im neuen Amt.



3. Budget der Erfolgsrechnung 2024: Genehmigung der Abstimmungsbotschaft zu Händen der Stimmberechtigten

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Unter dem nächsten Traktandum Nr. 3 geht es um die Genehmigung der Abstimmungsbotschaft zum Budget der Erfolgsrechnung 2024 zuhanden der Stimmberechtigten. Dazu ist das Eintreten zwingend und wir kommen zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Die Berichterstattung dazu übernimmt Gemeinderat Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): An der Stadtratssitzung vom 28. August 2023 wurde das Budget 2024 nach einer intensiven Debatte von Ihnen beschlossen und verabschiedet. Die Abstimmung erfolgte um 23.25 Uhr, wie ich es so zumindest dem Protokoll entnehmen konnte. Nach einem kurzen Sitzungsunterbruch beschloss man die Debatte zur Abstimmungsbotschaft zu verschieben. Das ist nun eben die Ausgangslage, warum Sie sich heute noch einmal mit der Budgetthematik beschäftigen müssen. Aber ich bin mir sicher, dass es heute schneller geht als beim letzten Mal. Wir nutzten die Zeit um die Anpassungen aus der Stadtratssitzung vom 28. August 2023 neu in den Entwurf einzuarbeiten. Dieser Entwurf wurde vom Gemeinderat am 20. September 2023 verabschiedet und liegt Ihnen nun entsprechend vor. In dem Sinn liegt der Ball nun bei Ihnen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Eine Berichterstattung der GPK gibt es keine, sodass wir die Botschaft sogleich schrittweise Abschnitt für Abschnitt durchgehen.

Seite 3 bis Seite 25

Ohne Wortmeldung.

Gibt es ansonsten noch Bemerkungen seitens der Fraktionen? Gibt Es Einzelsprecher? Nein. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort? Da dies nicht zutrifft, stimmen wir direkt darüber ab. Wer dieser Abstimmungsbotschaft so zustimmen möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

1. **Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal vom 20. September 2023 wird genehmigt.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



4. Vergabe des externen Revisionsmandates (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2024: Auftragserteilung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Traktandum Nr. 4 behandelt die Auftragserteilung für die Vergabe des externen Revisionsmandats zur Prüfung der Jahresrechnung 2024. Wird hier das Eintreten bestritten? Da dies nicht der Fall ist, folgt die Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Der Bericht & Antrag der Geschäftsprüfungskommission inklusive Beilage liegt in schriftlicher Form vor. Dazu nimmt nun noch GPK-Präsident Dyami Häfliger kurz Stellung.

GPK-Präsident Dyami Häfliger (GLP): Die GPK stellt Ihnen jährlich den Antrag zur Vergabe dieses Auftrags zur Prüfung der Rechnungsablage der Stadt Langenthal an eine verwaltungsunabhängige, externe Revisionsstelle als Rechnungsprüfungsorgan. Die GPK beantragt dem Stadtrat erneut Pricewaterhouse Coopers AG, kurz PwC, mit der Prüfung der Rechnung 2024 zu beauftragen. Der Bericht & Antrag der GPK zu diesem genannten Geschäft liegt Ihnen vor und dürfte Ihnen bestens bekannt sein. Wir vergaben den Auftrag zur Prüfung der Jahresrechnung 2020 bis und mit 2023 auch bereits an die PwC AG. Anlässlich unserer Sitzung vom 20. Februar 2023 beschlossen wir als Geschäftsprüfungskommission, mit der Neuausschreibung dieses externen Revisionsmandats zur Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Langenthal, unter anderem aufgrund des budgetlosen Zustands, noch um ein Jahr zuzuwarten und die PwC im Sinne der Kontinuität abermals mit dem Auftrag zur Prüfung der Jahresrechnung 2024 zur Offerteingabe einzuladen. Die GPK prüfte die Offerte anlässlich ihrer Sitzung vom 12. Juni 2023 und beschloss einstimmig dem Stadtrat zu beantragen, den Auftrag erneut an die PwC zu vergeben. Besten Dank für Ihre Zustimmung.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Wir kommen nun zur allgemeinen Beratung. Gibt es dazu Fraktionssprecher? Einzelsprecher? Wünscht sich der Gemeinderat noch dazu zu äussern? Wenn dem allem nicht so ist, schliesse ich die Beratung und wir stimmen darüber ab, da ich davon ausgehe, dass sich auch die GPK nicht noch einmal zu Wort melden möchte. Wer diesen Auftrag der PwC übergeben will, zeigt dies mit der Stimmkarte an. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Die PricewaterhouseCoopers AG, Bern, erhält den Auftrag als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2024 der Stadt Langenthal nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und mit dem offerierten Kostendach von Fr. 29'600.00 (exkl. MWST und Barauslagen).
2. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



5. Verkehrslösung Langenthal: Teilprojekt 6 «Umsetzung BehiG»: Zustimmung und Kreditbewilligung; Übertragung der Zuständigkeit zur Beschlussfassung über die einzelnen Objektkredite an den Gemeinderat

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 5: Verkehrslösung Langenthal: Teilprojekt 6 «Umsetzung BehiG¹» mit der Erarbeitung der Bauprojekte. Wird das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Da dies nicht so ist, kommen wir zur Beratung.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): die Berichterstattung durch den Gemeinderat liegt bei Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich darf Ihnen am heutigen Abend ein weiteres Teilchen aus dem Agglomerationsprogramm der dritten Generation AP 3 und Buslinienkonzept präsentieren, was somit einem Teil der Verkehrslösung Langenthal entspricht. Man fasste in diesem Teilprojekt Bereiche aus dem ehemaligen Teilprojekt 10 mit der Buslinie «Schoren», aus dem Teilprojekt 12 mit der «Mittelstrasse» und dem Teilprojekt 13 mit den «Bushaltestellen» zusammen. Man konnte das so machen, weil man hier eben eine Reduktion vornahm, sodass wir nun das Teilprojekt 6 unter dem neuen Namen «Umsetzung BehiG» mit einem Rahmenkredit von Fr. 267'502.00 inkl. MwSt. zur Finanzierung der Folgephasen und der Erarbeitung von Bau- und Auflageprojekten heute hier im Stadtrat gerne genehmigt erhalten. Es ist so, dass diese Bushaltestellen über das gesamte Stadtgebiet verteilt sind. Wie Sie sicherlich auch schon feststellten, beinhaltet dies nicht alle Bushaltestellen. Im Rahmen dieses Projekts kommen Bushaltestellen einerseits bereits an Kantonsstrassen zu liegen und andererseits konnten Bushaltestellen auch bereits an Kantonsstrassen verschoben werden. Bei den Bushaltestellen haben diejenigen die Umbaukosten zu tragen, die eben auch Strasseneigentümerin sind.

Des Weiteren ist es natürlich auch so, dass man hier eine Verhältnismässigkeitsprüfung vornahm. Das Behindertengleichstellungsgesetz gibt vor, dass es auch zumutbar ist, dass Haltestellen, die je nach Frequenz oder je nach Distanz zu einer BehiG-gerechten Haltestelle von Gesetzes wegen nicht umgebaut werden müssen. Entsprechend werden in Langenthal nur diejenigen umgebaut, die gemessen an der Verhältnismässigkeit auch effektiv anzupassen sind. Innerhalb des Projekts betrifft dies die Bushaltestellen «Gaswerkstrasse» und «Waldhof» der Linie 63. Bei der Linie 64 geht es um die Haltestellen «Bahnhof Süd», «Sängeli», «Bleichenstrasse» und «Blumenstrasse» und bei der Buslinie 52 betrifft es die neue Bushaltestelle «Weiherochsen», «Eisenbahnstrasse», Krippenstrasse» und «Schoren-/Talstrasse». Auch hier weise ich darauf hin, dass wir teilweise mit Arbeitstiteln unterwegs sind, insbesondere dort, wo wir neue Bushaltestellen einrichten und diese auch neu benennen. Uns liegt zum Vorprojekt eine Kostenschätzung von +/- 20 Prozent zur Finanzierung aller vorgesehenen Massnahmen vor, insbesondere dem relativ grossen Eingriff, damit wir eine neue Buslinie Richtung Schulanlagen Kreuzfeld via Talstrasse, Schorenstrasse und Dorfstrasse nach Thunstetten einführen können. Dabei soll seitens der regionalen Verkehrskonferenz und der ASM² auch geprüft werden, ob sich dann von Thunstetten aus auch der Ortsteil «Bützberg» besser anbinden lässt. Aufgrund dessen ist bei diesem Projekt der grösste Aufwand zu verzeichnen. Total kommen wir somit auf Ausgaben in der Höhe von 4,15 Mio. Franken, die heute als Kostenschätzung vorliegen. Dazu sollten Sie uns heute den besagten Planungskredit per Zustimmung freigeben.

Will man einen kleinen Exkurs zum Kreditbewilligungskonzept vornehmen, so sind wir hier nicht ganz «up to date», was auch im Finanzierungsnachweis unter Punkt 10.6 entsprechend beschrieben wird. Dabei sind im heutigen Investitionsplan noch die alten 14 Positionen enthalten, die man ursprünglich definierte und hier jetzt drei davon zu einem Teilprojekt zusammengefasst wurden. Deshalb kam man dann auch zum Schluss, was man auch im B&A so ausführte, dass man hier den Finanzierungsnachweis nicht ganz erreicht

¹ BehiG = Behindertengleichstellungsgesetz.

² ASM = Aare Seeland mobil AG.



oder dieser nicht ganz nachgewiesen wird. Ich möchte dies hier gar nicht schönreden, möchte aber auch sagen, dass der nächste Satz im Text wie folgt lautet: «Für das Vorhaben wird in Relation zu einem Steuerzehntel kein entscheidender Nachfolgeaufwand entstehen». Dies ist im Sinne eines kleinen finanziellen Exkurses zu verstehen, ohne dass ich dies schönreden möchte.

Es gibt dazu eine Einordnung in den Gesamtterminplan. Sie sehen hier, dass, wenn wir so vorgehen, dieses Projekt per Mitte 2028 realisiert und abgeschlossen werden kann. Sie wissen auch anhand des nächsten Traktandums mit der Interpellation, dass dies ein bisschen im Konflikt steht mit den momentan geltenden Fristen, die der Bund uns vorgibt. Ich sage dabei «momentan», hörten oder entnehmen Sie es doch auch aus unserer Interpellationsantwort, dass der Bund nun für Programme mit Einzelmassnahmen auf entsprechenden Antrag eine Fristverlängerung von drei Jahren in Aussicht stellt. Das würde uns hier natürlich auch sehr helfen. Jetzt geht es hier aber um pauschale Massnahmen, was auch für die anderen unserer Massnahmen zutrifft. Dazu werden im Moment keine Fristverlängerungen in Aussicht gestellt. Wir werden selbstverständlich mit Kanton und Bund weiterverhandeln, damit wir Ihnen sicher auch garantieren können, dass wir zum Ziel haben sämtliche Arbeiten, die wir im Agglomerationsprogramm 3 in Angriff nehmen, eben auch mit Kantons- und Bundessubventionen über diese Agglomerationsprogramme abrechnen zu können. Der Gemeinderat ist Ihnen dankbar, wenn Sie dem heute so zustimmen können, damit wir vorwärts schaffen können. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Die Berichterstattung seitens der GPK übernimmt dazu erneut Dyami Häfliger.

GPK-Präsident Dyami Häfliger (GLP): Die GPK beschäftigte sich anlässlich ihrer Sitzung vom 16. Oktober 2023 mit dem genannten Geschäft. Die GPK-Mitglieder thematisierten mit ihren Fragen an den Gemeinderat besonders die Komplexität des Projekts, die finanziellen Herausforderungen sowie die Fristen. Betreffend die Transparenz der Finanzierung war es für die GPK nicht eindeutig, wieso diese Projekte nicht auch entsprechend im Finanzplan ersichtlich sind, obschon seit mehreren Jahren an diesen Projekten gearbeitet wird. Dies erklärte der Gemeinderat mit seinem zu einem späteren Zeitpunkt erfolgten Beschluss. Der Beschluss einer Reduktion von 14 auf sieben Projekte liegt dem Stadtrat anhand des neuen Finanz- und Investitionsplans mittlerweile vor. Der Gemeinderat sicherte gegenüber der GPK zu, dass er hier Ordnung schaffen will. Er beauftragte deshalb den Projektleiter der Steuergruppe aufzuzeigen, für welche der sieben neuen Teilprojekte welche Finanzierung vorgesehen ist und wie diese bezahlt werden soll. Im kommenden Investitionsplan werden diese sieben Teilprojekte mit den entsprechenden Informationen aufgenommen.

Auch nach diesen Ausführungen stellte die GPK nach wie vor eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der finanziellen Planung fest. Dies beruht auch auf dem Umstand, dass im Finanzplan weiterhin zu wenig hohe Summen für die entsprechende Finanzierung eingestellt sind. Der Gemeinderat wird diese Frage beantworten können, sobald die Übersicht über die prognostizierten Kosten für diese sieben Teilprojekte vorliegen. Anhand dieser Diskussionen stellten die Mitglieder der GPK erneut fest, dass dieses Projekt eine gewisse

SITZUNG STADTRAT 21.12.2020

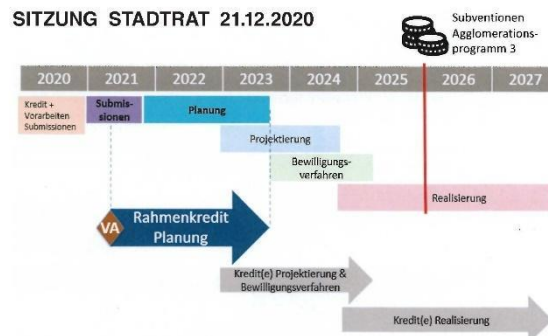


Abbildung 1: Grobterminplan

SITZUNG STADTRAT 23.10.2023

13 Terminprogramm zur Realisierung 13.1 Einordnung in den Gesamtterminplan

In der folgenden Abbildung ist der aktualisierte Terminplan für das Gesamtprojekt ersichtlich. Am 7. März 2021 bewilligte die stimmberechtigte Bevölkerung den Rahmenkredit zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms und des Buslinienkonzepts. Seither läuft die Planung der 14 Teilprojekte, welche per 2023 abgeschlossen werden soll. Parallel dazu starten nun die Teilprojekte in die nächste Phase – die Projektierung. Die Bewilligung und Realisierung des Teilprojektes ist ab 2024 vorgesehen.



Abbildung 2: Grobterminplan

INFOVERANSTALTUNG KANTON 28.08.2023

Massnahmen mit pauschalen Bundesbeiträgen (ab AP 3)			
		AP 3	AP 4
Keine Nachfrist möglich		-	-
Kein Fristenstillstand möglich		-	-
Frist Beitragsgesuch einreichen beim TBA		31.05.2025	vs! 31.05.2028
Frist Antrag Schlussrechnung einreichen beim TBA-DLZ		30.06.2027	vs! 30.06.2030
Frist Antrag Schlussrechnung einreichen beim ASTRA		30.09.2027	vs! 30.09.2030



Komplexität beinhaltet, was so nicht mehr einfach zu bewältigen ist. Der Gemeinderat erwiderte dazu in seinen Ausführungen, dass bei der Planung des AP3 im Jahr 2017 nicht davon ausgegangen werden konnte, dass eine derart grosse Anzahl weiterer AP's folgen würde. Der Gemeinderat sieht darin keine Überforderung, sondern vielmehr eine Herausforderung. Weiter erkundigte sich die GPK beim Gemeinderat, ob die Fristen vom Bund verbindlich sind oder lediglich Hinweisscharakter aufweisen. Die GPK wurde darüber informiert, dass bei den vom Bund erlassenen Richtlinien für Einzelmassnahmen eine Fristverlängerung von maximal drei Jahren möglich ist. Die Einzelmassnahmen beim vorliegenden Geschäft wurden aber bekanntlich zur Vereinfachung des Prozesses in pauschale Massnahmen umgewandelt. Die Stadt wird nun mit dem Bund in Kontakt treten, um die Probleme mit den Finanzierungsfristen aufzuzeigen und dabei möglicherweise ebenso eine Fristverlängerung zu erwirken. Falls dies nicht möglich sein sollte, könnten die Pauschalpakete auch in Einzelmassnahmen umgewandelt werden. In der Diskussion wurde weiter darauf hingewiesen, dass auch andere Gemeinden aufgrund ähnlicher Probleme entsprechende Massnahmen beim Kanton ergreifen wollen, was ja auch die Beantwortung der noch folgenden Interpellation aufzeigt. Die GPK strich in der internen Debatte nochmals die besondere Komplexität des Projektes und die damit verbundenen Herausforderungen für die Verwaltung heraus. Gleichzeitig hielt die GPK fest, dass dem Stadtrat eine formell korrekte Vorlage zur Abstimmung unterbreitet wird und bejahte somit einstimmig die formelle Richtigkeit und verzichtete auf weitere Anträge. Besten Dank.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Nun kommen wir zu den Fraktionssprechern. Wem darf ich seitens der Fraktionen das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion Robert Kummer (FDP): Wir danken für die Ausarbeitung dieses Antrags und wir unterstützen die Zusammenführung dieser Teilprojekte 10, 12 und 13. Die Verlegung einzelner Bushaltestellen an die Kantonsstrasse können wir finanziell nachvollziehen. Punkto Verkehrsflüsse müssen wir uns hier aber auf die Fachleute verlassen. Für etwas Verwirrung sorgte in unserer Fraktion, dass in Beilage 1 die Bushaltestelle «Blumenstrasse» nicht eingezeichnet ist und somit nicht der Beilage 2 entspricht, wo diese Strasse dann eben doch eingezeichnet ist. Wir werden der Erarbeitung dieser Bauprojekte und der Umsetzung dieses Teilprojekts 6 mit einer Enthaltung zustimmen, stellen aber aus dem folgendem Grund noch einen Antrag:

Wir alle wissen, dass es bei diesem Agglomerationsprogramm Spielregeln gibt, die von Anfang an klar waren. Das Damoklesschwert ist – wir hörten es bereits, dass die Abrechnung für das AP3 bis zum 30. Juni 2027 abgeliefert sein muss. Und da es sich um pauschale Bundesbeiträge handelt, können, Stand heute, keine Nachfristen und kein Fristenstillstand beantragt werden. Das heisst, dass, wenn die Stadt Langenthal diese Frist nicht einhält, wir irgendetwas zwischen 10 und 12 Mio. Franken an Kantons- und Bundesbeiträge verlieren. Bis heute verfügen wir über keine Sicherheit, dass der Bund und nachfolgend der Kanton sich den Gemeinden erbarnt und die Fristen verlängert. Ob die kantonale Taktik fruchtet, wenn möglichst viele Gemeinden Nachfristen verlangen, ist nicht gesichert und mit ganz vielen «vielleicht», «wenn» und «aber» verbunden. Deshalb haben wir das Blatt selber in die Hand zu nehmen und diese Projekte so zu bearbeiten, wie wir sie im Dezember 2020 hier im Rat behandelten und daraufhin im März 2021 in der Botschaft dem Souverän unterbreiteten. Das entspricht dem Terminablauf im oberen Teil dieser Übersicht mit dem Entscheid des Stadtrats vom 21.12.2020. Dabei wurde so vorgegangen, dass diese Phasen überschneidend terminiert wurden. Heute an der Sitzung vom 23.10.2023 präsentiert es sich aber so, dass die Phasen hintereinander zu liegen kommen. Deshalb stellen wir den Antrag, dass zum Beschlussantrag des Gemeinderates zusätzlich der nachfolgende Punkt 2 eingeführt wird: «Die weiteren Projektphasen sind terminlich überschneidend zu erarbeiten, sodass das Teilprojekt 6 bis Mitte 2027 abgerechnet ist». Die bisherigen Punkte 2, 3 und 4 bleiben dabei unverändert. Somit geht es alleine um diesen roten Satz, sodass der Beschlussantrag mit diesem Punkt 2 ergänzt werden soll. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Unterstützung, damit wir auf diesem Weg Bundes- und Kantonsbeiträge sichern können.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Wir würden mit den Fraktionen sogleich fortfahren, so dass die Fraktionen dabei auch zu diesem Antrag Stellung beziehen können, bevor wir dann im Anschluss nochmals darauf zurückkommen. Welcher Fraktion darf ich das Wort geben? Gibt es keine Fraktion, die sich äussern möchte?



SP/GL-Fraktion, Fanny Zürn (GL): Unsererseits ist es klar, dass wir diesem Geschäft grundsätzlich so zustimmen werden. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass der öffentliche Verkehr barrierefrei wird. Wir finden es ein bisschen schade, dass man in allen Gemeinden bis zum letzten Moment wartete und erst auf den letzten Drücker hin dieses BehiG umsetzen will. Soweit ich bei meiner Fraktion heraushören konnte, werden wir dem Antrag der FDP/jll-Fraktion zustimmen, aber ich kann in der kurzen Zeit seit Bekanntmachung des Antrags nicht für alle reden.

GLP/EVP-Fraktion, Janina Müller (EVP): Ich kann mich meiner Vorrednerin anschliessen. Auch wir begrüssen es, dass diese Bushaltestellen nun endlich umgesetzt werden. Wir werden uns vermutlich ebenso dem Antrag der FDP/jll anschliessen.

SVP-Fraktion, Roland Sommer (SVP): Im Grund der Dinge wurde diese Verkehrslösung mit diesem Teilprojekt so umschrieben, wonach es im Kern aber um etwas ganz Anderes ging, da wir dieses BehiG eigentlich bis 2023 hätten erledigen müssen. Zu diesem Antrag der FDP hatte ich kurz Augenkontakt und wir unterstützen das; beziehungsweise konnte ich feststellen, dass diese Unsicherheit tatsächlich besteht, und falls man normal mit dem Programm weiterfährt, wir zu spät wären und es unsicher ist, dass dann die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es dazu nun auch Einzelsprecher, die sich zum Projekt wie auch zum Antrag äussern möchten?

Nathalie Scheibli (SP): Ich finde es im Moment ein bisschen schwierig abschätzen zu können, wie und ob der Antrag der FDP/jll-Fraktion umsetzbar ist. Ich bräuchte dazu eine Stellungnahme seitens des Gemeinderates. Besten Dank.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich versuche zu umschreiben, welche Möglichkeiten sich dabei anbieten würden. Der Gemeinderat konnte diesen Antrag vorab nicht besprechen. Aus meiner Sicht der Projektsteuerung darf ich Sie aber bitten diesen Antrag der FDP/jll anzunehmen. Er steht dabei nicht im Widerspruch zu den Zielen, die der Gemeinderat oder die Projektsteuerung verfolgt. Vielmehr soll versucht werden, diese Projekte innerhalb der Frist zu realisieren, die im Moment gelten. Es ist natürlich manchmal etwas schwierig den Leuten im Volk zu erklären, warum die Stadt länger als sechs Jahre hat, bis sie ein Projekt umsetzen konnte. Aber Sie kennen unsere Rhythmen und Sie kennen unsere Wege, die wir zu gehen haben, insbesondere im Rahmen politischer Prozesse, bei denen wir dann das jeweilige Okay einholen müssen.

Was kann dies nun, bezogen auf Projektphasen, bedeuten, was hier Nathalie Scheibli fragt? Das hatten wir auch in der Projektsteuerung. Der entsprechende Bericht & Antrag wird demnächst dem Gemeinderat vorgelegt werden. Wie lässt sich dies nun konkret umsetzen? Man kann den Projektierungs- und Realisierungskredit zusammenfassen. So machten wir es beim Projekt «ESP Bahnhof». Gibt man ein Vorprojekt in die politischen Gremien zur Vernehmlassung, um dafür einen Rahmenkredit zu erhalten und dabei eine Kompetenzdelegation an den Gemeinderat vorzunehmen, wird es dann auch manchmal –im Fall des Bahnhofs war es der Stadtrat, ein bisschen schwierig. Wir stritten beispielsweise nach der Volksvorlage darüber, ob wir nun über genügend Parkplätze verfügen und ob sie sich am richtigen Ort befinden. Jedes Verkürzen eines Weges birgt auch ein gewisses Risiko in sich. Aber es stellt eine Möglichkeit dar, indem wir das erneut zusammenfassen. Die Zeitersparnis wäre in etwa neun Monate. Wenn man dies nicht möchte, gäbe es die Möglichkeit, den Projektierungskredit mit dem Bauprojekt, das heisst mit der Phase SIA 32 und das Bewilligungsverfahren mit der Phase SIA 43 sowie mit der Realisierungsfinanzierung parallel zu schalten. Wenn man den ersten Vorschlag ablehnt, wäre diese Vorgehensweise möglich. Hier liegt die Zeitersparnis bei rund sechs Monaten. Was man zudem machen könnte, wäre das Bewilligungsverfahren und die Ausführungsprojekte sowie die Ausschreibung mit dem ganzen Submissionsteil parallel durchzuführen, was zu einer Zeitersparnis von vier Monaten führen würde. Ungesehen davon, welche Phasen sich zusammenlegen lassen, werden wir mit dem Kanton und der ASTRA¹ weiterhin Verhandlungen bezüglich einer Fristerstreckung bei

¹ ASTRA = Bundesamt für Strassen.



Pauschalpaketen innerhalb des AP3 führen. Ebenso prüfen wir, inwiefern wir unsere sechs pauschalen Massnahmen wieder in Einzelmassnahmen umwandeln können, was ja auch in der Interpellation so beschrieben wird. Eine weitere eventuelle Beschleunigung wäre noch im Rahmen der Realisierungsphase möglich. Dies wäre dann eher weniger prozessual ausgerichtet, weshalb ich davon ausgehe, dass dieser FDP-Antrag die Prüfung dieser ersten drei Optionen beabsichtigt, so wie ich sie soeben erwähnte. Ansonsten müssten Sie eben nochmals intervenieren, aber diese wurden nun bereits in beschriebener Form an den Gemeinderat weitergeleitet um diese dann auch entsprechend weiterverfolgen zu können. Insofern entspricht es dann dem geflügelten Wort, dass man mit diesem Antrag beim Gemeinderat, respektive bei der Projektsteuerung «offene Türen einrennt».

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Wir bleiben sogleich noch bei den Einzelsprechern, so dass ich anfrage, ob es noch weitere Voten zu beiden Geschäften gibt? Nein, dem ist nicht so. Somit geht es einmal vorab um den vorliegenden Antrag der FDP/JLL-Fraktion. Gibt es zu diesem Antrag noch zusätzlichen Beratungsbedarf? Wünscht dazu noch jemand das Wort seitens der Fraktionen? Einzelsprecher? Antragsteller? Auch nicht. So stimmen wir jetzt darüber ab. Wer diesen neuen Punkt 2 annehmen möchte, zeigt es mit der orangen Karte an. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Antrag der FDP/JLL-Fraktion mit Ergänzung von Punkt 2

34 Ja einstimmig angenommen

0 Nein abgelehnt

0 Enthaltungen

Stadtratssitzung 23. Oktober 2023, Traktandum Nr. 5

stadtlangenthal

Antrag FDP / JLL-Fraktion: Ergänzung Beschlussantrag

1. Dem Teilprojekt 6 "Umsetzung BehiG", umfassend den Umbau von zehn Bushaltestellen sowie die Knotenanpassung im Bereich Tal-/Schorenstrasse (vgl. Beilage 2), wird zugestimmt.
2. Die weiteren Projektphasen sind terminlich überschneidend zu erarbeiten, sodass das Teilprojekt 6 bis Mitte 2027 abgerechnet ist.
3. Zur Finanzierung der Erarbeitung der Bauprojekte zum Teilprojekt 6 "Umsetzung BehiG" wird ein Rahmenkredit in der Höhe von Fr. 267'502.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.09 "Rahmenkredit; Verkehrslösung Langenthal; Projektierung und Vorbereitung Realisierung Teilprojekt Umsetzung BehiG", bewilligt.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Objektkredite zur Erarbeitung der einzelnen Bauprojekte zu Lasten des Rahmenkredites gemäss Ziff. 2 dieses Beschlusses zu bewilligen, unabhängig von deren Höhe im Einzelfall.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Wenn nun niemand mehr das Wort wünscht, schliesse ich hiermit die Beratung. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort. Nein. So schreiten wir zur Schlussabstimmung. Wer diese Verkehrslösung zu Teilprojekt 6 mit der «Umsetzung BehiG», unter Berücksichtigung des soeben angenommenen Antrags, zustimmen will, zeigt es nun mit der Karte an. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Dem Teilprojekt 6 «Umsetzung BehiG», umfassend den Umbau von zehn Bushaltestellen sowie die Knotenanpassung im Bereich Tal-/Schorenstrasse (vgl. Beilage 2), wird zugestimmt.
2. Die weiteren Projektphasen sind terminlich überschneidend zu erarbeiten, sodass das Teilprojekt 6 bis Mitte 2027 abgerechnet ist.
3. Zur Finanzierung der Erarbeitung der Bauprojekte zum Teilprojekt 6 «Umsetzung BehiG» wird ein Rahmenkredit in der Höhe von Fr. 267'502.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 3200.5010.09 «Rahmenkredit; Verkehrslösung Langenthal; Projektierung und Vorbereitung Realisierung Teilprojekt Umsetzung BehiG», bewilligt.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Objektkredite zur Erarbeitung der einzelnen Bauprojekte zu Lasten des Rahmenkredites gemäss Ziff. 2 dieses Beschlusses zu bewilligen, unabhängig von deren Höhe im Einzelfall.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



6. **Dringliche Interpellation der FDP/jll-Fraktion vom 28. August 2023: Umgehende Information des Stadtrates über die Erkenntnisse aus der Informationsveranstaltung des Kantons vom 28. August 2023 zum Thema «Umsetzung Verkehrsmassnahmen der Agglomerationsprogramme»: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Es folgt Traktandum Nr. 6. Hier geht es um die dringliche Interpellation der FDP/jll-Fraktion bezüglich einer umgehenden Information des Stadtrates über die Erkenntnisse aus der Informationsveranstaltung des Kantons vom 28. August 2023. Das Eintreten ist zwingend und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates fällt aus, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Aus der GPK liegt ebensowenig eine Stellungnahme vor. Nun hat der Interpellant Gelegenheit für eine kurze Stellungnahme, ob ihn die erhaltene Antwort zufriedenstellt oder nicht.

Sprecher der Interpellation, Robert Kummer (FDP): Wir danken für die Beantwortung unserer Interpellation. Diejenigen unter Ihnen, die sich die Videoaufzeichnung der kantonalen Informationsveranstaltung vom 28. August 2023 zu Gemüte führten, wissen nun aus erster Hand, dass es, Stand heute, unter keiner Prämisse zu einer Fristerstreckung kommt. Wie ich bereits im vorangegangenen Traktandum ausführte, können wir nicht darauf hoffen, dass der Bund Erbarmen zeigt. Und vor allem können wir nicht auf eine Antwort warten, weil weder der Kanton, noch wir wissen, bis wann dann vielleicht eine Antwort eintrifft. Im März machten wir dem Souverän schmackhaft, dass ein Drittel dieser Investitionen von Bund und Kanton übernommen werden. Jetzt müssen wir alles daransetzen, dass wir diese Gelder auch bekommen. Die vage Hoffnung der Kantonsvertreterinnen und Kantonsvertreter an dieser Veranstaltung sind absolut keine Garantie. Was bis heute einzig gilt, ist der Termin vom 30. Juni 2027 und zwar ohne Wenn und Aber. Es liegt an uns selbst, wenn wir von den Bundes- und Kantonsgeldern profitieren wollen, die Spielregeln einzuhalten und somit unsere Projekte voranzutreiben. Es geht dabei ja auch um mehr als 10 Mio. Franken.

Deshalb stellen wir seitens der FDP/jll-Fraktion gemäss Art. 54 der Geschäftsordnung des Stadtrats den Antrag auf Diskussion. Wir bitten den Gemeinderat die nächsten Phasen der laufenden und folgenden Projekte ebenfalls wie im vorgängigen Traktandum parallel und überschneidend anzugehen; genauso, wie es ursprünglich gedacht war, genauso, wie wir es im Dezember 2020 hier im Stadtrat beschlossen und wie es auch in der Abstimmungsbotschaft zur Volksabstimmung beschrieben war. Schon damals wurden die Phasen überschneidend angedacht, damit dann auch die Zeit ausreicht, um die Frist vom 30. Juni 2027 einhalten zu können. Wir wollen selber das Heft in der Hand halten und nicht auf den Bund und seine Antwort hoffen. Merci für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Martin Schenk (SVP): Besten Dank. Somit stimmen wir über diesen Antrag auf Diskussion zu dieser Interpellation ab. Wer diesem Antrag folgen will, zeigt es nun entsprechend an. Wer spricht sich dagegen aus? Enthält sich jemand der Stimme?

Abstimmung über Antrag der FDP/jll-Fraktion auf Diskussion

25 Ja angenommen

8 Nein

2 Enthaltungen

Somit eröffne ich die Diskussion. Wem darf ich das Wort erteilen?

Diego Clavadetscher (FDP): Ich rede hier als Einzelsprecher. In diesem Projekt geht es um sehr viel. Es geht dabei einerseits darum, wie die Stadt Langenthal in Bezug auf Verkehrsfragen in Zukunft aussehen soll. Aber andererseits geht es auch darum, wie viel die Stadt Langenthal "daraus einen Schuh herausziehen" soll. Wie der Stadtpräsident bereits erwähnte, starteten wir vor sechs Jahren optimistisch in dieses Projekt und



wir dachten alle «Juhee», dass wir Geld von Bund und Kanton bekommen. Das Geld von Bund und Kanton bekommen wir aber nur dann, wenn wir zuerst alle Kosten, die wir auslösen, mit unseren Beschlüssen selber bezahlen. Und das Geld von Kanton und Bund kommt erst danach retour, falls wir die Bedingungen, die daran geknüpft sind, auch einhalten. Die Hauptbedingung ist im Moment die, dass man bis Mitte 2027 fristgerecht abrechnet. Abrechnet! Das heisst, es muss alles bewilligt, gebaut und abgerechnet sein. Und nun müssen wir einsehen, dass man sechs Jahre brauchte um Papiertiger herzustellen und wir uns erst jetzt langsam an die konkrete Arbeit machen, zumal wir heute nicht die Umsetzung des BehiG beschlossen, sondern erst über den Planungskredit abstimmten. All den Fraktionen, die nach vorne traten und sagten, dass man froh ist, dass man dieses Gesetz endlich umsetzt, muss ich sagen, dass wir erst an der Planung sind.

Wenn man nüchtern die Situation betrachtet, dann müssen wir doch mit uns selber ehrlich sein und uns eingestehen, dass dieser Schuh, den wir uns hier anzogen, für eine solch kleine Stadt wie Langenthal zu gross ist. Wenn wir dies nicht anerkennen, so ziehen wir hier für unsere nächsten Generationen einen tüchtigen Schuh heraus, die dann 12 bis 13 Mio. Franken mehr zu zahlen haben, als je einmal angedacht war. Und was sie dann dafür erhalten, ist dann nochmals eine andere Frage. Das relativ einfache Projekt BehiG, diese Massnahme 6, worüber wir vorher abstimmten, ist komplex. Nur bereits schon in der Schlussphase beinhaltet es drei Fehler. Natürlich kann man der Ansicht sein, dass diese Fehler Details entsprechen etc. Aber wenn schon diese Details nicht funktionieren, wo soll dann das Vertrauen sein, dass wir in der Lage sind, in der Tiefe alles richtig zu machen, in die wir alle zusammen nicht einmal hineinschauen. Wer sich die Akten ansah, realisierte, dass die Beschlussvorbereitung des Gemeinderates für unsere Vorlage neun Bushaltestellen beinhaltete, wir heute aber über zehn abstimmten. Dies wurde erst nach Redaktionsschluss festgestellt. Robert Kummer erklärte zuvor, dass man anlässlich der Fraktionssitzung feststellte, dass in den uns vorgelegten Plänen die eine Bushaltestelle einmal in der Blumenstrasse eingezeichnet war und einmal aber vor dem Porzi-Areal, und somit nicht am selben Ort. Und beim grössten Projekt, das wir vorhaben, sind wir nicht in der Lage, dies richtig im Finanzplan einzustellen. Das sollte uns alle miteinander alarmieren. Und wer etwas von Führung versteht – und wir sind hier nun einmal das verantwortliche Organ, weiss, dass wer einen zu grossen Schuh trägt, sich einen kleineren anziehen muss. Und diese Diskussion sollten wir ganz dringend führen, sonst haben wir ein Desaster.

Stadtratspräsident Martin Schenk (SVP): Gibt es weitere Wortmeldungen?

Corinna Grossenbacher (SVP): Auch ich spreche nicht für meine Fraktion, sondern lediglich als Einzelsprecherin. Ja Diego und ja Robert, ich stimme Euch beiden völlig zu. Wir sind immer ein Stückchen im Verzug, was leider so ist. Auf der anderen Seite muss man sich natürlich auch überlegen, ob die Stadt Langenthal überhaupt die Ressourcen hat, um so viele Teilprojekte gleichzeitig umsetzen zu können und diese dann auch zum Erfolg zu führen. Ich denke, dass auch dies eine legitime Frage ist, die man sich hier einmal stellen muss. Vielleicht muss man generell darüber nachdenken, ob wir uns mit dem Agglo3-Programm nicht komplett übernommen haben. Für mich ist aber eines ganz klar, dass die Behindertengleichstellung eigentlich im Jahr 2023 bereits hätte abgeschlossen sein müssen. Somit sind wir hier nicht nur spät, sondern wir sind da ehrlich gesagt viel zu spät. Deshalb denke ich, dass uns dieser Schuh unter Umständen so oder so einholt. Wir müssen wirklich schauen und den Gemeinderat mit dem Projektteam, so wie es Reto Müller zuvor erklärte, überzeugen, hier wirklich vorwärts zu machen, damit er dieses Projekt wirklich innerhalb der Frist durchkriegt und der Bund dann auch bereit ist zu zahlen. Bei anderen Projekten, die ja noch ausstehen, halte ich es persönlich mittlerweile für eine Utopie, dass wir dies noch hinbekommen. Und ich glaube, dass wir uns einmal zusammen darüber unterhalten sollten. Danke.

Pascal Dietrich (parteilos): Ich möchte nur noch ganz kurz etwas dazu sagen. Grundsätzlich unterstütze ich voll und ganz, was mein Vorredner und meine Vorrednerin sagten und sehe es auch so. Gleichwohl möchte ich zugunsten des Gemeinderates auch noch sagen, dass es zu Beginn ja 14 Projekte waren und ich hier im Rat immer wieder mehrfach darauf hinwies, dass es einfach zu viele sind und wir diese reduzieren und das Programm abspecken müssen. Wenn man sich nun die Unterlagen anschaut, muss man immerhin sagen, dass vier Teilprojekte bereits aufgegeben wurden. Man reduzierte somit also bereits, was man dem Gemeinderat immerhin zugutehalten muss. Er schwenkte damit bereits auf diese Linie ein, die wir hier mehrfach



vertraten. Er versucht die Projekte zu konzentrieren, was zudem auch nicht nur ganz einfach ist, weil es dabei ja auch gewisse Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Massnahmen gibt, die dann auch zu entsprechenden Punkten bei diesen Programmen führen, was tatsächlich nicht einfach und eine komplexe Sache ist. Aber der Gemeinderat machte dies bereits und wahrscheinlich muss er auf diesem Weg einfach auch noch etwas weitergehen und eben noch ein bisschen mehr abspecken, damit man eben wirklich diese Termine einhalten kann; jedenfalls bis zu diesem Moment, wenn man dann vielleicht – was nicht ganz ausgeschlossen ist, einmal doch sieht, dass es doch zu einer Fristverlängerung kommt. Stand heute gibt es diese eben nicht und deshalb muss man sich danach richten. Wie gesagt, stimme ich dabei mit meinen Vorrednern überein. Ich möchte aber dem Gemeinderat danken, dass er bis jetzt bereits abspeckte und ihn einfach auch dazu auffordern auf diesem Weg weiterzugehen und eben noch ein bisschen mehr abzuspecken, bis man dann weiss, wie es wirklich ist mit diesen Fristen. Danke.

Dyami Häfliger (GLP): Bei unseren Diskussionen war uns stets klar, dass wir die inhaltlichen Ziele der AP3-Massnahmen unterstützen und wir auch realisiert haben wollen. Wir wollen, dass wir damit die Zielgerade erreichen, und dass es damit auch gut kommt. Auf diesem Weg dorthin ist es immer eine schwierige Diskussion, weil wir immer wieder sehen, dass es zu Verzögerungen kommt und es immer wie mehr Schwierigkeiten gibt. Ich schaute mir das Video der Fachveranstaltung des Kantons auch an und es ist ziemlich klar, was dort gesagt wird. Wir würden uns sehr wünschen, wenn der Gemeinderat uns noch mehr aufzeigen kann, dass wir dies als Stadt schaffen können oder wie wir es schaffen könnten. Wir möchten den Gemeinderat sehr gerne darin unterstützen, dass dies auch gelingt. Wir wollen, dass es gelingt. Wenn dies schlussendlich so sein muss, dass in einzelnen Punkten abgespeckt werden muss, ist das okay. Aber wir möchten das Ganze so unterstützen, dass wir als Stadt diese Massnahmen realisieren können und es nicht zum Resultat führt, dass wir in einen Malus hineinkommen und man uns im nächsten AP anhand des erläuterten Systems mit einer Kürzung von 5 Prozent quasi bestraft. Als ich mir das Video ansah, machte mir dies ehrlich gesagt schon auch ein bisschen Bauchweh. Deshalb verstehe ich meine Vorredner Robert Kummer und Diego Clavadetscher sehr gut. Gleichzeitig ist es aber so, dass wir als Fraktion die Massnahmen begrüssen, die eigentlich in diesem AP3 für uns als Bevölkerung und als Stadt Langenthal definiert sind. Betrachten wir den Behandlungsgegenstand gemäss AP3, so wollen wir als Stadtrat ja nicht dafür verantwortlich sein, dass es noch zu massiveren Verzögerungen kommt. Deshalb appelliere ich hier noch einmal klar an den Gemeinderat, insbesondere den Stadtratsmitgliedern aufzuzeigen, dass dies doch gelingen kann. Wir wären dafür sehr dankbar. Besten Dank.

Nathalie Scheibli (SP): Ich danke Pascal Dietrich für seine Worte. Ich denke, dass der Gemeinderat alles macht, was möglich ist. Vielleicht müsste auch der Bundesrat die Situation neu beurteilen, weil die Genehmigung im 2019 erfolgte und wir seither doch diverse Krisen auf dieser Welt hatten, die diesen Fachkräftemangel zur Folge hatten und eben auch die Zeit nicht gleich schnell dreht wie zuvor. Dort würde ich somit auch vom Bund erwarten, dass er solche Geschehnisse berücksichtigt und vielleicht sein Terminprogramm auch überdenkt. Danke.

Stadtratspräsident Martin Schenk (SVP): Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen. Dass scheint nicht der Fall zu sein. Möchte sich der Gemeinderat noch zu den gefallenen Voten äussern?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Besten Dank für all den Support, der in diesen Voten zum Ausdruck kam. Es ist eine Seltenheit, dass der Stadtrat bei einer Interpellation eine Diskussion beschliesst. Es ist selbstverständlich, dass vor allem die Stadtratsmitglieder dann untereinander diskutieren sollen. Der Gemeinderat hörte das, was Sie sagten und wird dies auch so in der weiteren Bearbeitung zur Kenntnis nehmen.

Vielleicht weise ich aber dennoch ein bisschen darauf hin, dass man retrospektiv gesehen beim Agglomerationsprogramm 2 eine Eingabefrist bis Mitte 2012 hatte. Der Bund bewertete diese dann 2012/2013 und im Jahr 2015 wurde dies auch von National- und Ständerat im Parlament so beschlossen. Ursprünglich war der Plan beim Agglomerationsprogramm 2, dass man jeweils sechs Jahre nach diesem Bundesbeschluss starten muss. Das ist nun das, was wir auch zum AP3 so hörten. Das heisst, dass wir bei diesen Projekten bis Mitte 2025 einen Spatenstich machen müssen. Das hätte bedeutet, dass wir mit dem AP2 im 2021



hätten beginnen müssen. Wie Sie wissen, begannen wir damit am 4. Januar 2023. Ursprünglich war geplant, dass man bis Ende 2023 hätte abgerechnet haben müssen. Damit hätte man auch an vielen Orten die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes – wie wir beispielsweise mit dem Bahnhof, erreicht. Diese erreichen wir allerdings nicht und die erreichen auch andere Städte noch nicht. Dazu gibt es Ersatzmassnahmen, die getroffen werden müssen, die ebenso wenig gratis sind. Aber das ist hier nicht das Thema. Sie sehen einfach am Beispiel des AP2, dass der ganze Umgang mit all diesen AP's auch für den Bund, den Kanton und für all diese Gemeinden, die sich damit beschäftigen, ein bisschen ein «Lernen am Modell» ist. Natürlich ist es stark, wenn das Parlament von Langenthal sagt, dass man diese Führung nicht aus der Hand geben und geschaut werden soll, dass diese Programme innerhalb der gesetzten Fristen durchgezogen werden. Aber dabei soll man auch nicht das Gefühl haben, dass die Situation gänzlich hoffnungslos ist.

Als weiteres Beispiel nenne ich den Kanton Zürich, der sich gegenüber dem Bund verpflichtete, 700 Massnahmen mit den Gemeinden umzusetzen. Einfach ein einziger Kanton mit 700 Massnahmen. Sie schrieben dazu einen Leitfaden mit 72 Seiten, den man auch herunterladen kann. Darin wird beschrieben, wie sie vorgehen, indem sie eben versuchen gewisse Phasen zusammenzulegen oder teilweise auch Kompetenzen von Beginn an zu delegieren. Es ist wohl weder bezüglich Grösse, noch Massnahme richtig, wenn wir nun ebenso einen Leitfaden schreiben würden. Das ist kaum das, was Sie verlangen. Aber Sie sehen einfach auch an diesem Beispiel, dass wir nicht die Einzigen auf der Welt sind, die mit diesem Tempo Mühe haben, das der Bund vorgibt – und der Bund fordert eben auch etwas für seine finanzielle Mitbeteiligung. So steht auch in diesem Leitfaden, dass «sich der Kanton Zürich gegenüber dem Bund verpflichtet, die fristgerechte Umsetzung der Massnahmen im Rahmen seiner Möglichkeiten voranzutreiben». Und das kann ich Ihnen heute von Seiten des Gemeinderates ebenso versprechen, und zwar ohne, dass wir einen Leitfaden verfassen.

Zu den einzelnen Voten sprach ich bereits meinen Dank aus. Merci vielmals, dass Sie den Gemeinderat in dieser Arbeit unterstützen wollen. Ich möchte nur noch kurz darauf hinweisen, dass wir mit denjenigen Ressourcen arbeiten, die Sie uns zur Verfügung stellen. Sie sind, den Stellenplan betreffend und insbesondere die finanzielle Budgetierung dieser Stellen betreffend, als Parlament in der entsprechenden Verantwortung. Sie wissen allerdings auch, dass wir eigentlich noch ein wenig mehr Stellen beantragten, als wie Sie nun im Budget 2024 bewilligten. Somit ist das dann am Ende auch das, womit wir arbeiten. «Überfordernd» oder «Herausfordernd» entspricht einer Grenzwanderung, wozu wir lange polit-philosophische Abende durchführen könnten. Es ist sehr herausfordernd! Das möchte ich hier nicht verschweigen. Ich möchte Ihnen auch kein «U» für irgendeinen anderen Buchstaben vormachen. Wir sind daran und wir arbeiten mit Hochdruck. Sie wissen, dass wir hier auch bauherrenseitig Unterstützung von einer Firma haben, deren Aufgabe es ist, andere Gemeinden in diesen Programmen zu begleiten und es durchzuziehen, damit dies dann irgendwie aufgeht und auch in einer Qualität aufgeht, mit der wir uns auch sehen lassen können. Das ist auch als Verweis auf die angesprochenen Fehler zu verstehen. Ich möchte mich für diese entsprechend entschuldigen. Wir sind an der Arbeit und wenn wir alle hier im Saal am selben Strick ziehen – ohne, dass ich jetzt gross Hoffnung verbreiten möchte, so haben wir doch eine Möglichkeit, damit wir dies anpacken können. Nicht immer ist das Abspecken eine Lösung für einen gesünderen Weg. Ich persönlich nahm acht Kilo ab und ich bin jetzt nicht der Meinung, dass ich noch mehr abspecken sollte. Abgesehen davon sind wir hier gemeinsam unterwegs, sodass wir Ihnen wieder Bericht erstatten, wie wir vorwärtskommen. Wir nehmen diese Diskussion hier und heute zur Kenntnis. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Martin Schenk (SVP): Merci. Gibt es ansonsten noch weitere Wortmeldungen im Rahmen dieser Diskussion? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit schliessen wir diese Diskussion an diesem Punkt ab und kommen zur Abstimmung über die Abschreibung dieser dringlichen Interpellation. Wer dieser Abschreibung zustimmen kann, hält nun die Stimmkarte in die Höhe. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 23. Oktober 2023

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**
 1. **Die dringliche Interpellation der FDP/jll-Fraktion vom 28. August 2023:** Umgehende Information des Stadtrates über die Erkenntnisse aus der Informationsveranstaltung des Kantons vom 28. August 2023 zum Thema «Umsetzung Verkehrsmassnahmen der Agglomerationsprogramme» **wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



-
7. **Motion Lerch Martin (SVP), Fehrensens Jana (FDP), Häfliger Dyami (GLP), Cap Georg (GL), Loser Roland (SP), Fankhauser Janosch (SVP), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: Die angekündigte Immobilienstrategie bis spätestens Mitte 2024 in Kraft setzen: Stellungnahme und Antrag auf Abschreibung**
-

Dieses Traktandum wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben (vgl. dazu Bemerkung unter «Eröffnung der Stadtratssitzung»).



8. Motion der SP/GL-Fraktion vom 26. Juni 2023: Mehr Langete: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Bei Traktandum Nr. 8 geht es um die Stellungnahme zur Motion der SP/GL-Fraktion vom 26. Juni 2023 «Mehr Langete». Da das Eintreten zwingend ist, fahren wir direkt mit der Beratung fort.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Dazu liegt keine Berichterstattung des Gemeinderates vor, da er schriftlich dazu Stellung nahm. Ebenso verzichtet auch die GPK auf eine Stellungnahme. So hat nun der Sprecher der Motion das Wort.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Unsere Motion möchte die Zugänglichkeit zur Langete ermöglichen oder verbessern. Wir danken hier auch dem Stadtbauamt sehr herzlich für die Beantwortung unserer Motion. Es geht dabei wie erwähnt um die Zugänglichkeit zu den Gewässern in Langenthal. Wir möchten nicht nur, dass sich die Bevölkerung abkühlen kann, wir möchten nicht nur Langenthal aufwerten und wir möchten nicht nur die Stadt beleben, sondern wir möchten mit diesen Massnahmen auch die Stadt und das Klima ein wenig beeinflussen. In meinen zahlreichen Besuchen sah ich in ganz Europa und auch auf der Welt zugängliche Gewässer, wie beispielsweise in England in Stratford-upon-Avon, in Freiburg im Breisgau oder auch in Shanghai. Wenn das Gewässer zugänglich ist, stellt dies ein Publikums- und Bevölkerungsmagnet dar und dort tummeln sich die Leute. Und das Konzept auf dem Wuhrplatz zeigt, dass es sogar in Langenthal funktioniert. Warum sollen wir nicht mehr diesbezüglicher Möglichkeiten für die Bevölkerung schaffen?

Unsere Motion verlangt, dass Massnahmen und Pläne entwickelt und auch umgesetzt werden. Auf die Nennung einer Jahreszahl verzichteten wir explizit. Uns ist es absolut bewusst und das wissen wir auch, dass geforderte Veränderungen und somit eben die Zugänglichkeit zu den Gewässern in Langenthal nicht in den nächsten zwei oder drei Jahren realisiert werden können. Dabei muss die Stadt ganz bestimmt nicht um «Langete komm raus!» gebaut oder Uferböschungen angepasst werden. Auch die dafür nötigen Massnahmen möchten wir durch die Spezialisten entwickeln lassen. Dafür sind wir zu wenig mit dem Metier vertraut, um zu wissen, was machbar ist. Im Jahr 2018 wurde ja bereits ein ausführliches Dokument für ein Gewässerentwicklungskonzept erstellt. Darin werden ganz viele gute Ideen zu einer Badi oder zum Sagibach beschrieben. Dabei wurden in diesem Papier solche Konzepte und Massnahmen wie beispielsweise die Aufwertung des Sagibachs versprochen, wenn dann die Sanierung «Waldhof» und «St. Urbanstrasse» gemacht wird. Leider wurde dies dann aus kostentechnischen Gründen verworfen. Das wäre für Langenthal allerdings eine Chance gewesen. Wie schon gesagt, wollen wir dies nicht um jeden Preis, aber wir müssen es vorantreiben und bei zukünftigen Bauprojekten zumindest darüber befinden können, ob uns das Geld dafür wert ist oder nicht. Langenthal und ihre Bevölkerung verdienen es, einen attraktiven Zugang zum hiesigen Gewässer zu bekommen, um dadurch auch die Attraktivität der Stadt zu steigern. Oder wie das Pascal Dietrich bereits vor elf Jahren formulierte: «An heißen Tagen wie heute» – heute ausgeschlossen, datiert seine damalige Aussage doch vom 28. August, «sehen sich Jung und Alt, Gross und Klein nach Wasser. Langenthal sei doch, so sollte man meinen, der richtige Ort». Und da hatte er absolut recht. Und heute können wir ein Zeichen setzen, dass durch solche Zugänglichkeiten die Attraktivität der Stadt gesteigert werden kann. Ich lade Sie ein, hier dem Gemeinderat zu widersprechen und diese Motion anzunehmen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Es folgen nun die Fraktionssprecher. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Ich muss sagen, dass Du schöne Worte brauchtest, Sandro. Die Uferläufe zugänglicher und öffentlicher zu machen, finde ich gut und recht. Dazu muss ich aber feststellen, dass wir doch schon heute einige schöne, etwas verwinkelte und heimelige Zugänge haben. Wenn wir die Zugänge so öffentlich machen wie beispielsweise beim Wuhrplatz geschehen, so bin ich nicht sicher, ob dies dem Klima guttut. Denn jeder Baum nimmt auch etwas weg. Du sagtest, dass der zeitliche Horizont



nicht festgelegt wird. Bei einer Motion erwartet man allerdings innerhalb von zwei Jahren eine Antwort. In der heute geführten Diskussion zeigte sich ja bereits, dass es wichtiger denn je ist, die ganzen Ressourcen des Stadtbauamts dem AP3 zu widmen und ganz sicher nicht, um die Uferläufe zu öffnen. Da hat für mich das Agglomerationsprogramm Priorität und wenn Ihr später mit diesem Anliegen kommt, können wir wieder darüber diskutieren. Aber in der jetzigen Situation mit den Finanzen sehe ich es nicht als sinnvoll an, dort auch noch zu investieren. Wir werden deshalb dem Gemeinderat folgen und die Motion ablehnen.

FDP/jll-Fraktion, André Rentsch (jll): Auch wir besprachen dieses Geschäft in der Fraktion. Es verwirrt und freut mich eigentlich zugleich, dass hier davon gesprochen wird, dass man diese Massnahmen nicht um jeden Preis umsetzen will. Wenn man dann aber im Motionstext nachlesen kann, dass dabei vor allem Standorte im Zentrum erwähnt sind, wie man es ebenso im Gewässerentwicklungskonzept beschrieben findet, so kommen entsprechende Massnahmen sicher sehr teuer. Schlussendlich waren bei uns auch die Kosten ausschlaggebend, sodass wir praktisch ausschliesslich dem Gemeinderat folgen und diese Motion ablehnen werden. Ich denke, dass gerade mit diesem Gewässerentwicklungskonzept ein sehr gutes Instrument vorliegt, mit dem man sieht, was möglich wäre. Ich hoffe auch – und so wurde es ja auch beschrieben, dass jeweils auch geprüft wird, ob man im Rahmen anderer Projekte gewisse Massnahmen ergreifen kann. Merci.

GLP/EVP-Fraktion, Niluja Nadesalingam (GLP): Wir diskutierten das Thema ebenso ausführlich und wir entwickelten sogar Ideen, wo noch mehr Gewässerzugänge geschaffen werden könnten. Aber unsere finanzielle Lage ist ein wenig prekär, sodass wir ebenso dem Gemeinderat folgen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es nach den Fraktionen auch noch Einzelsprecher, die sich zu dieser Motion äussern möchten?

Pascal Dietrich (parteilos): Es wird Sie ja wohl kaum überraschen, dass ich mich zu diesem Geschäft zu Wort melde, was Sandro ja bereits ansprach. Ich kämpfe wirklich seit 25 Jahren dafür, dass in dieser Hinsicht hier in Langenthal etwas geht. Wir führen schliesslich das Hauptgewässer im Namen unseres Dorfes oder unserer Stadt. Und wer gleich alt ist wie ich oder auch etwas älter, hat noch Bilder vor Augen, wie die Langete früher bei Hochwasser durch unser Zentrum floss. Gerade so muss es ja nicht sein, was nicht dem Anspruch entspricht und es natürlich ein bisschen weniger stark ausfallen soll und selbstverständlich eher etwas mehr plätschern darf. Aber es ist wirklich so, dass Wasser seit der Inbetriebnahme des Druckstollens bei Madiswil im Jahr 1991 eigentlich mehr oder weniger aus dem Stadtbild von Langenthal verschwunden ist. Mit der Neugestaltung des Wuhrplatzes gibt es eine Ausnahme, was ebenso erwähnt wurde. Das ist mit dieser Treppe von mir aus gesehen gelungen. Über den Brunnen lässt sich diskutieren, weil man dabei eigentlich das Wasser nicht zu Gesicht bekommt. Das finde ich eher schade, aber item.

Was eben wirklich auch schade ist, dass es hier einfach nicht vorwärtsgeht. Sandro Baumgartner erwähnte es, dass ich am 7. Mai 2012 ein Postulat mit dem Titel «Wasserstadt Langenthal» einreichte; dies war am 7. Mai 2012. Dies wurde dann am 20. August 2012 behandelt und einstimmig vom Stadtrat für erheblich erklärt. Ein knappes Jahr später wurde das Begehren am 17. Juni 2013 abgeschrieben, weil dannzumal der Gemeinderat versicherte, dass er daran ist, ein «Entwicklungskonzept Fliessgewässer» zu erstellen, das dann auch in die nächste Revision der baulichen Grundordnung einfliessen sollte. Dazu sollte dann dieses Anliegen aufgenommen werden. Deshalb wurde dann dieses Postulat im Juni 2013 auch abgeschrieben. Ich fragte sodann am 27. November 2017 nach, was denn nun eigentlich mit diesem Konzept ist. Und am 5. Februar 2018 erhielt ich hier im Rat die Antwort, dass es leider noch nicht fertiggestellt ist. Es ging bereits dort extrem lange. Aber vielleicht hatte die Interpellation dennoch etwas bewirkt, weil es dann immerhin im selben Jahr beendet wurde und dann am 1. Oktober 2018 vorlag. Somit haben wir seit dem 1. Oktober 2018 hier in Langenthal ein «Entwicklungskonzept Fliessgewässer», was einmal als positiv zu erwähnen ist. Aber leider wurde seither einfach nichts realisiert. Gar nichts. Klar, es wurde im vorangegangenen Traktandum auch bereits erwähnt, dass es in der Zwischenzeit zu verschiedenen Krisen und Ausnahmesituationen kam. Und auch Janosch Fankhauser erwähnte zu Recht, dass wir auch andere Themen haben, die vielleicht wich-



tiger und dringender sind, was alles sein mag. Und gleichwohl möchte ich hier schon ganz klar dazu aufrufen, dass wir nicht erst in elf Jahren wieder hier stehen – also ich wahrscheinlich dann nicht mehr, und feststellen müssen, dass erneut nichts passierte. Ich hatte nämlich, zusammen mit Roland Bader und Tinu Spotti, mit einer Interpellation «Erhalt und Förderung der Biodiversität entlang der Langeten und des Chlybächli» am 29. Juni 2020 nochmals nach. Dabei geht es zumindest teilweise um dasselbe Thema. Immerhin also zum Teil. Dazu fiel dann die Antwort des Gemeinderates sehr enttäuschend aus.

Ich möchte der SP/GL-Fraktion von dem her danken, dass sie dieses Thema nun auch nochmals aufnahm. Ich werde hier auf jeden Fall dafür stimmen, was für mich ganz klar ist. Bei allen weiteren Schritten, die Ihr Euch allenfalls ausdenkt, bin ich gerne dabei. Wie gesagt, ist Wasser das bestimmende Thema unserer Stadt. Es kann doch nicht sein, dass wir in diesem Bereich weiterhin nichts machen. Merci.

Saima Sägesser (SP): Besten Dank, Pascal, für Deine zustimmenden Worte. Ich komme dazu mit meinen Fraktionskolleginnen sehr gerne für weitere Vorhaben auf Dich zurück. Ich muss schon sagen, dass ich sehr enttäuscht bin von Deinen Vorrednern. Wie kann man dagegen sein, wenn es um so etwas Elementares geht wie die Langete, die Langenthal durchaus auszeichnet, so viel Potential hätte und einfach untergeht. Also wirklich unter den Gebäuden durchfließt, nicht sichtbar und zugänglich ist. Wir hätten Lebensraum für Insekten und würden damit die Biodiversität fördern, aber auch für uns Menschen wäre es gut, anstatt dass Wasser allein nur am Wuhrplatz sichtbar ist. Es würde so viele Möglichkeiten geben. Und wenn wir jede Idee und Vorstellung abwürgen, wie diese Stadt zugänglicher und bunter gemacht und mit mehr Natur ausgestattet werden könnte, indem festgestellt wird, dass wir dies nicht bezahlen können, so kommen wir wirklich nirgendwo hin. Gerade bei so etwas, das so einfach umzusetzen wäre.

Agnes Imhof (GL): Ich möchte mich den Worten von Saima Sägesser anschliessen. Diese Motion fordert ja nun keine grossen baulichen Eingriffe, sondern sie fordert, dass man zumindest mitdenkt, wenn andere Projekte anstehen, die eine Möglichkeit bieten, noch mehr Gewässer sichtbar zu machen und damit auch noch einen besseren Zugang zur Langete zu schaffen. Dies ist keine übertriebene Forderung, dass man zumindest immer dort, wo es möglich ist, mitdenkt. Manchmal kann man ja auch mit kleinen Massnahmen Grosses erreichen. Aber man muss dies zuerst einmal auch wollen und sich für solche Aspekte und Gedanken offen zeigen. Und in diesem Sinn ist diese Motion ganz klar etwas, das Langenthal nur weiterbringen kann und nicht einfach sinnlos viel Geld kostet.

Dyami Häfliger (GLP): Es ist ja nicht so, dass wir uns dagegen versperren, die Langete und allgemein die Gewässer sichtbar zu machen. Saima Sägesser nannte gute Gründe dafür und man sieht auch viele andere Städte, die dadurch Lebensraum und Begegnungsorte schufen. Es gibt dafür sehr viele Möglichkeiten. Ich wäre auch gerne dabei so etwas zu erarbeiten. Uns liegt nun einfach diese Motion vor, mit der der Gemeinderat beauftragt werden soll, diese Massnahmen und Pläne zu entwickeln und «umzusetzen». Dann ist es eine Motion mit Weisungscharakter, was uns schlussendlich dazu bewog, dass wir sie nicht unterstützen können. Das heisst aber nicht, dass wir solchen Plänen und solchen Entwicklungen komplett ablehnend gegenüberstehen. Überhaupt nicht, ganz im Gegenteil. So wie nun diese Motion vorliegt, können wir sie aber nicht unterstützen. Vielleicht wäre es für ein nächstes Mal gut, dass man vor Einreichung der Motion das Gespräch sucht, wozu wir immer auch bereit sind.

Stephanie Barben-Kohler (FDP): Also ich rege mich gerade ein bisschen auf. An all diesen Orten in Langenthal, wo doch die Langete bereits heute zugänglich ist und man baulich etwas machte, ist es einfach nicht mehr grün. Wenn ich in Langenthal laufen gehe, dann ist es am Wuhrplatz grau und auch hier hinter dem Gebäude nahm man ebenso Dinge weg. Es war vorher viel grüner.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es noch weitere Einzelsprecher? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht der Gemeinderat sich noch dazu zu äussern?

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ich möchte einfach noch kurz erklären, warum der Gemeinderat dieses Begehren ablehnt. Wir hörten jetzt schon viel darüber, dass ja ein Gewässerentwicklungskonzept erarbeitet wurde, wie Sie von Pascal Dietrich ja die Geschichte dazu vernahmen. Und damit wird bei uns auch gearbeitet. Darin wurde definiert, wo, was gemacht werden kann. Und bei jedem Tiefbauprojekt oder sonstigem



Bauprojekt wird das Konzept beigezogen und es wird entsprechend geschaut, ob man irgendetwas integrieren kann. Es ist somit also nicht so, dass wir einfach nichts machen und es so lassen, wie es ist. Der grösste Teil dieser Motion ist mit diesem Entwicklungskonzept eigentlich bereits erfüllt. Sie setzen sich mit diesem Vorstoss für etwas ein, das bereits existiert. Auch sind wir bereits an der Erarbeitung der baulichen Grundordnung, die von Pascal Dietrich erwähnt wurde. Diese wird dann auch noch kommen und dann wird auch dies dabei berücksichtigt. Aber diese Dokumente liegen noch nicht vor und es braucht dafür noch etwas Zeit und benötigt entsprechende Projekte. Und es ist richtig, dass wir keine Projekte ausschliesslich zum Sichtbarmachen von Gewässern vorhaben. Wir schauen vielmehr immer darauf, wie wir dieses Anliegen integrieren können. Und dabei taucht dann automatisch immer auch die Frage auf, wie viel das kostet. Will man sich das leisten oder nicht, wozu dann Sie hier im Saal wieder dafür Ja sagen dürfen, weil die meisten dieser Projekte so teuer sind, dass sie hier beraten werden oder sogar dem Volk vorgelegt werden müssen.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Dem ist nicht so. Somit schliesse ich die Beratung und frage den Sprecher der Motion, ob er sich nochmals zu Wort melden möchte? Nein, das wünscht er nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. I folgen und diese Motion als Motion mit Weisungscharakter qualifizieren möchte, zeigt dies nun mittels Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen? Nun folgt die Abstimmung zu Ziff. II. Wer dabei dem Antrag des Gemeinderates folgen möchte und die Motion als nicht erheblich erklären möchte, zeigt es mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

I. **Die Motion der SP/GL-Fraktion vom 26. Juni 2023: Mehr Langete wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:**

II. 1. **Die Motion der SP/GL-Fraktion vom 26. Juni 2023: Mehr Langete wird nicht erheblich erklärt.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

(Pause von 19:35 Uhr bis 20.00 Uhr)



9. Motion der FDP/jll-Fraktion, Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: Ausgliederung des Stadttheaters aus der Stadtverwaltung und Überführung in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Ich hoffe, dass Sie sich alle gut verpflegen und rege austauschen konnten, was nach den Ferien auch immer wichtig ist. Und auch die Wahlen gaben bestimmt auch noch etwas zu diskutieren. Wir fahren nun mit der Sitzung fort. Traktandum Nr. 9 behandelt die Stellungnahme zur Motion der FDP/jll-Fraktion zur Ausgliederung des Stadttheaters aus der Stadtverwaltung und Überführung in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Das Eintreten dazu ist zwingend und wir gehen direkt zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es keine, da eine schriftliche Stellungnahme vorliegt. Die GPK wünscht keine Berichterstattung vorzunehmen. Somit übergebe ich das Wort an den Sprecher der Motion. Wem darf ich das Wort übergeben?

Sprecher der Motion, Pascal Dietrich (parteilos): Ich rede bei diesem Traktandum für die FDP/jll-Fraktion, die zusammen mit Patrick Freudiger dieses Anliegen motioniert. Was ist der Hintergrund davon? Sie bekommen es sicherlich mit und es ist wohl den meisten hier im Saal sehr, sehr wohl bekannt, dass der Hintergrund auf die Debatten zu den Budgets 2023 und 2024 zurückzuführen ist. Dabei stellten wir ja fest – und das sage ich ganz wertneutral, dass es sich dabei um ein schwieriges Thema handelt und man sich darüber wirklich streiten kann. Es ist ja so, dass man bereits vor elf Jahren, – wir hatten heute bereits ein anderes Traktandum, das auch vor elf Jahren verhandelt wurde und nun ist es auch bei diesem so, das heisst im Jahr 2012 über eine Ausgliederung des Stadttheaters hier im Rat beraten hatte. Diese wurde dann knapp abgelehnt, unter anderem deshalb, weil dannzumal die Rechtsform eigentlich bereits klar gewesen wäre, hätte es doch eine AG geben sollen. Und dies stiess auf Opposition.

Nach diesen Debatten zum Budget 2023 und 2024 überlegten wir uns, wo hier eigentlich der Hund begraben liegt und was hier falsch läuft. Ich glaube wirklich sagen zu können, dass es für beide Seiten, so wie es im Moment läuft, nicht optimal ist. Auf der einen Seite haben wir das Stadttheater, das jeweils eine Saison plant, die über das Jahresende und somit über das Budgetjahr hinausgeht. Sie müssen dabei eben viel früher als wir hier im Rat über ein Budget beschliessen und dabei wissen, über wieviel Geld sie für den Einkauf ihrer Produktionen verfügen. Das ist sicherlich unangenehm, wenn dann hier im Stadtrat jeweils erst im August oder sogar September über ein Budget befunden wird, wenn gleichzeitig die Saison bereits schon längst zu Ende geplant ist. Das ist einfach einzusehen, dass dies seitens des Stadttheaters nicht optimal und sogar unangenehm ist. Handkehrum – und so erlebte es zumindest unsere und wohl auch die SVP-Fraktion, dass es eben auch für uns hier im Rat eine komische Situation ist, wenn wir im August/September über ein bereits definiertes Budget beraten, wozu wir die Budgethoheit haben und es zu unserem Aufgabenbereich gehört über das Budget des Stadttheaters zu diskutieren, zu befinden und dabei allenfalls auch etwas zu justieren. Dann wird uns einfach quasi gesagt, ob es uns eigentlich noch geht, da ja die Saison bereits fertig geplant ist. «Das könnt Ihr doch nicht und spinnt Ihr eigentlich», um es sogleich etwas plakativ zu sagen, aber bei uns kam es zumindest so an. Es ist für beide Seiten keine gute Situation und ich glaube, dass man da etwas machen muss, um dies zu ändern.

Was kann man machen? Wir kamen dann wieder darauf, dass es vor elf Jahren wohl doch nicht die dümmste Idee war, dieses Stadttheater in einen eigenen Betrieb auszugliedern, wonach dann eben beide Seiten Planungssicherheit hätten. Als wir uns Gedanken zu dieser Motion machten, dachten wir auch, dass es wohl am Gescheitesten ist, wenn man zuerst eine Auslegeordnung macht und nachdenkt, welche Rechtsformen hier in Frage kommen und was die jeweiligen Vor- und Nachteile davon sind. Dann sahen wir aber, dass diese Arbeit ja eigentlich bereits gemacht wurde. Es liegt nämlich ein Bericht vom 16. Januar 2019 von Ueli Friederich und Marcel Brühlhart vor, der sich mit neuen Rechts- und Organisationsformen des Stadttheater



Langenthals beschäftigt. Dabei werden die möglichen Varianten aufgezählt, erörtert und die Vor- und Nachteile dargestellt. Wir entschieden dann, anstatt die Verwaltung wieder zu bemühen und ihnen viel Arbeit zu verursachen, dass wir uns auf etwas konzentrieren wollen und zwar auf etwas, das eben nicht eine AG zum Ziel hat, was dann vor elf Jahren so viel Opposition auslöste. Wir kamen dabei zum Schluss, dass eigentlich ein Gemeindeunternehmen, eben eine öffentlich-rechtliche Anstalt wohl noch eine schlaue Form wäre. Dies ist zwar bei Kulturinstitutionen nicht weit verbreitet, was zuzugeben ist, aber es gibt doch auch andere Unternehmen wie beispielsweise lange Zeit bei der IBL¹ und auch einzelne Kulturinstitutionen in anderen Regionen der Schweiz, die tatsächlich auch so organisiert sind. Es ist somit nichts, was völlig quer in der Landschaft liegt. Es ist vielleicht eher ungewöhnlich, aber wir kamen dennoch zum Schluss, dass dies eigentlich das Richtige wäre. Deshalb gaben wir diese Motion auch in der Absicht so ein, dementsprechend diese Rechtsform zu priorisieren.

Wir führten in den letzten Tagen und Wochen verschiedene Gespräche mit anderen Fraktionen. Wir nahmen natürlich auch zur Kenntnis, was der Gemeinderat dazu sagt. Er empfiehlt ja dem Stadtrat diese Motion nicht erheblich zu erklären. Allerdings im Fall einer Wandelung sieht er es dann anders und wäre dann bereit das Anliegen entgegenzunehmen und dann anschliessend auch vertieft zu prüfen. Das nahmen wir so zur Kenntnis und nahmen ebenso zur Kenntnis, dass in den anderen Fraktionen wahrscheinlich eine ähnliche Haltung besteht. Man schreckt offenbar etwas davon zurück, sich sogleich direkt auf die öffentlich-rechtliche Anstalt als Rechtsform festzulegen und möchte lieber nochmals den Fächer öffnen. Wir können dies ein Stück weit begreifen. Wie bereits erwähnt, ist es aus unserer Sicht nicht unbedingt nötig, nochmals bei Adam und Eva anzufangen, weil doch Vieles schon schriftlich vorliegt, auf das man sich eigentlich abstützen kann. Dieser Bericht von Ueli Friederich und Marcel Brühlhart erwähnte ich ja bereits. Aber wir nehmen die Reaktionen aus den anderen Fraktionen und auch des Gemeinderats natürlich ernst und entschlossen uns deshalb dazu, hier von der Möglichkeit einer Wandelung Gebrauch zu machen. Wir wandeln somit diese Motion zur Ausgliederung des Stadttheaters aus der Stadtverwaltung in ein Postulat. Sie können nun also über ein Postulat abstimmen. Das gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, dies nicht so eng umsetzen zu müssen, wie wir es ursprünglich formulierten, sondern eben einen Prüfauftrag entgegenzunehmen, um zu schauen, was in Frage kommen könnte.

Ich möchte aber hier dennoch nochmals festhalten, dass es in der Verwaltung nicht allzu viel Aufwand auslösen sollte, weil die Grundlagen ja doch bereits bestehen. Es wird nun eben nochmals um eine politische Bewertung gehen. Dabei sollte es nicht so herauskommen – wovor ich doch ein bisschen warnen möchte, dass man dann in zwei Jahren feststellt, dass wohl eine politische Mehrheit für eine Ausgliederung vorliegt, aber ein Teil dann partout keine AG möchte und ein anderer Teil partout keine Stiftung sowie der dritte Teil partout eine öffentlich-rechtliche Anstalt ablehnt. So wären wir dann am Schluss nicht weiter und das Stadttheater würde in der Verwaltung verbleiben. Ich weise hier somit darauf hin, damit ich bereits jetzt davor warnte. Entsprechend bitte ich den Gemeinderat die gewissen Befindlichkeiten zu beachten und eine solche Situation möglichst zu umschiffen, damit wir hier mittelfristig zu einer besseren Lösung kommen und der Betrieb des Stadttheaters somit ausgegliedert werden kann. Dadurch würden beide Seiten, die Stadt wie auch das Stadttheater, Planungssicherheit über eine längere Frist hinaus bekommen als jeweils nur für ein Budgetjahr. Das klärt dann einerseits die Frage, was man machen kann und wieviel Geld zur Verfügung steht und andererseits, wieviel man zahlen muss. In diesem Sinn lade ich Sie ein, diesem Postulat zuzustimmen, damit der Gemeinderat, wie von ihm beantragt, die Möglichkeit bekommt, hier mit den entsprechenden Abklärungen wieder auf uns zuzukommen.

Eine Bemerkung wollte ich am Schluss noch machen, da mir in der inhaltlichen Stellungnahme des Gemeinderates auffiel, dass das ABiKuS² bei einer rechtlichen Verselbständigung des Stadttheaters Angst davor hat, die städtischen Einflussmöglichkeiten zu verringern. Dies könnte so weit verstanden werden, dass damit die Einflussmöglichkeiten des Stadtrates gemeint sind. Bei dieser Bemerkung musste ich dann doch

¹ IBL = IB Langenthal AG.

² ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport.



ziemlich schmunzeln, weil wir es ja, wie gesagt, so erlebten, dass wir ja eigentlich im Stadtrat über die Budgethoheit verfügen und eben auch zu schauen haben, was mit dem Budget des Stadttheaters passiert. Aber man sagt uns Berndeutsch gesagt: «Hört auf, denn Ihr habt dazu eigentlich gar nichts zu sagen». Und das kann ja kein Zustand sein. Deshalb finde ich diese Bemerkung hier schon auch noch amüsant, falls sie sich soweit effektiv auf den Stadtrat bezieht. Aber vielleicht ist ja auch etwas Anderes gemeint. Ich fasse zusammen, dass wir die Motion in ein Postulat wandeln und ich hoffe, dass Sie dem Postulat zustimmen, damit der Gemeinderat hier die Möglichkeit hat, in seinem und unserem Sinn tätig zu werden. Danke.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Nun bitte ich die Fraktionen um ihre Stellungnahme. Wer meldet sich zu Wort?

GLP/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (GLP): Besten Dank, Pascal, Du umschriebst aus meiner Sicht den Ist-Zustand doch relativ gut, sodass ich dies nicht noch einmal zu wiederholen brauche. Für uns als GLP/EVP-Fraktion ist der aktuelle Zustand so nicht zufriedenstellend und braucht sicherlich eine Veränderung oder zumindest eine Prüfung einer Veränderung. Bei unseren Diskussionen war uns dann aber auch klar, dass wir keine Motion möchten, bei der die Rechtsform bereits vorgegeben wird, dies auch aufgrund des geschichtlichen Hintergrunds der Vorlage, die vor zehn Jahren zur Diskussion stand. Entsprechend begrüßen wir die Wandelung in ein Postulat und werden das Postulat unterstützen.

SP/GL-Fraktion, Gerhard Käser (SP): Wir machten uns das Ganze wirklich nicht einfach und wir hörten schon sagen, dass es eventuell zu einer Wandelung in ein Postulat kommt. Aber auch noch dann sind wir gespalten und ich rede hier nun für eine ganz, ganz kleine Mehrheit, zumindest für die, die an der Fraktionssitzung dabei waren, da nicht alle anwesend waren. Die Stimmen zu dieser Frage teilen sich wirklich fast zur Hälfte auf. Beide Gruppen haben aber etwas gemeinsam, hängen wir doch sehr an unserem Stadttheater. Eine Auslagerung würde viele Vorteile mit sich bringen, denkt man dabei an die Flexibilität, an mehr Freiheit in der Programmgestaltung, an mehr Planungssicherheit, an die Anstellung von Personal, an das Marketing und so weiter, worin wir uns ebenso einig sind. Interessanterweise ist nun aber das Meiste davon nicht in dieser Vorlage aufgeführt. Wir hegen schon den Verdacht, dass es hier eben wirklich um eine Trotzreaktion geht, da gewissen Leuten die Einflussmöglichkeiten des Stadtrates einfach nicht ausreichen.

Wenn es dabei darum geht, das Stadttheater einfach auszugliedern und so dem eigenen Schicksal zu überlassen, wollen wir das nicht. Wir hängen sehr an unserem Stadttheater. Nach den Wirren von Corona braucht das Stadttheater jetzt sicher auch einmal Zeit. Zeit, sich wie viele andere Kulturhäuser in der Schweiz zu positionieren, vielleicht sich sogar neu zu positionieren, was nicht nur unserem Stadttheater so geht. Dabei haben wir das Gefühl, dass es gut ist, wenn es noch einen Regiebetrieb gibt. Die Einflussmöglichkeiten des Stadtrates sind effektiv klein, aber seitens der Verwaltung beispielsweise nicht, sodass diese Einflussnahme durch die Verwaltung noch etwas weiterbestehen sollte. Wir haben dabei auch wirklich das Gefühl, dass es der falsche Zeitpunkt ist, dies jetzt sogleich voranzutreiben. Es sollte in den nächsten Jahren eine Strategie entstehen, die eine nachhaltige Entwicklung unseres Stadttheaters aufzeigt. Und wir sind bereit, wenn dies dann mal gemacht wurde, über eine Ausgliederung zu diskutieren, wobei für uns aber vor allem die Vorteile, die ich zuvor aufzählte, im Vordergrund stehen. Wir befürworten somit aber eine Auslagerung, die dem Stadttheater wirklich etwas bringt und nicht eine Auslagerung, bei der wir schon ein bisschen das Gefühl haben, dass dabei die Gefahr besteht, dass man das Stadttheater dabei einfach an die Wand fahren möchte. Merci.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Die SVP-Fraktion wird einem Postulat ebenfalls zustimmen. Wie es bei einer Motion ausgesehen hätte, können wir nun an dieser Stelle offenlassen. Zumindest wäre hier unser Verhalten nicht einstimmig ausgefallen. In der Vergangenheit diskutierte man hier im Rat mehrfach über das Thema «Stadttheater» und es kam dabei zum Vorschein, dass man eigentlich die Einflussmöglichkeiten seitens des Parlaments als nicht ausreichend erachtet. Die Budgethoheit kollidiert ein bisschen mit der Tatsache, dass man eine Institution mit einer gewissen regionalen Bedeutung hat, die auch Leistungsverträge abschliesst. Und die Verpflichtung zur Einhaltung dieser Verträge ist dann nicht immer mit der Budgethoheit in Einklang zu bringen. Mit anderen Worten hat man hier einen Zustand, den es zu lösen und zu verbessern gilt.



Auf der anderen Seite ist eine Ausgliederung auch nicht einfach per se gut. Die Einflussmöglichkeiten von heute sind in der Tat beschränkt und man kann aber nicht einfach davon ausgehen, dass dann eine Ausgliederung an sich zu einer Verbesserung des Einflusses führt. Und gerade auch die Vergangenheit zeigt, dass eine Ausgliederung nicht immer dazu führt, dass der Betrieb danach effizienter wird. Ich erinnere daran, dass man in der Stadt Bern die Stadtbauten ausgliederte und dann merkte, dass dies nicht funktioniert, weil man offensichtlich wohl einfach zu wenig Leute hatte, die dieses Handwerk richtig verstanden, sodass man diesen Bereich wieder zurückintegrierte. Es braucht somit auch immer wieder die richtigen Leute und wir helfen sicherlich nicht mit, irgendeine Ausgliederung vorzunehmen, bei der am Schluss Leute ohne unternehmerische Kenntnisse in einem Verwaltungsrat sitzen und einfach ohne jede Kontrolle Kulturpolitik ohne irgendwelchen Mehrwert für die Stadt Langenthal betreiben können, hier nun auch als Eigner gesprochen oder als Steuerzahlende gesprochen. In Anbetracht der geführten Diskussionen und im Hinblick auf die Tatsache, dass hier ein gewisses Unbehagen besteht, ist es sicherlich von Vorteil, wenn man eine Ausgliederung vertieft prüft. Wir sind hier bereit, quasi eine Ehrenrunde zu machen und trotz der bereits vorliegenden Prüfung noch einmal vertieft anzuschauen, welche Rechtsform die richtige ist. Wir erwarten dann aber auch hier, dass man nicht eine Art Schnellbleiche vornimmt und einfach quasi eine etwas oberflächliche Beurteilung macht, die dann ziemlich sicher dazu führen wird, dass man entweder in eine AG oder in eine Stiftung geht, weil dies die Rechtsformen sind, die eben die anderen ebenso haben. Dabei hat man dann auch bereits das Bundeszivilrecht als Rechtsgrundlage und muss kein eigenes Reglement erstellen, was dann eben einfacher ist. Aber so sollte es dann schon nicht sein. Wir erwarten einen klaren Mehrwert von dieser Prüfung.

Bei einer Aktiengesellschaft ist sicher als Vorteil zu erwähnen, dass man bekannte Rechtsgrundlagen hat und man sich mit Kreuzbeteiligungen attraktiv machen könnte, wenn andere Gemeinden oder Private einsteigen möchten. Wenn man die richtigen Leute im Verwaltungsrat hat, ergibt sich eine gute Grundlage, damit man nachhaltig und auch unternehmerisch wirtschaften kann. Die Möglichkeiten der Eigner zur Einflussnahme sind beschränkt und entsprechend namentlich diejenigen des Aktionärs, der dann alle Jahre diese Leute wählen oder abwählen kann. Wenn man es macht wie beim Haslibrunnen, dann kann man noch Leistungsverträge zwischen dem Eigner, also der Stadt, und dem Verwaltungsrat abschliessen. Wenn man das will, hat man damit Grundlagen für eine gute, unternehmerische Führung. Was vielleicht zur Stiftung zu sagen ist, die auch das eine oder andere Mal als Option erwähnt wird, dass man es auch so machen könnte, geht es dabei ebenso um eine bekannte Rechtsform, die im kulturellen Milieu auf hohe empathische und emotionale Akzeptanz stösst. Ich gebe einfach zu bedenken, dass eine Stiftung auch bedeutet, dass man einen sehr starren Stiftungszweck hat. Wenn sich das Theater dynamisch entwickeln und sich vielleicht auch regional ein wenig besser verankern möchte, so hat man dann bald einmal das Problem, dass bei einem zu eng umschriebenen Stiftungszweck einfach die Möglichkeit zu einer zukünftigen Entwicklung irgendwo beschränkt ist. Gerade auch die Aufsicht als Eigner ist dann auch irgendwo eine beschränkte. Stattdessen hat man aber die Stiftungsaufsicht, die mitredet. Es ist jetzt vielleicht persönlich gesprochen aus meiner Sicht nicht ganz zufällig, dass beispielsweise der Corporate Governance-Bericht des Bundes die Stiftung als nicht geeignete Rechtsform betrachtet. Sie empfehlen dort entweder eine Aktiengesellschaft oder eine Anstalt.

Zu der Anstalt im Gemeindeunternehmen ist zu sagen, dass dies einen regulatorischen Aufwand benötigt, indem man ein Reglement machen muss. Das gibt eine gewisse Unsicherheit vielleicht auch für die Zukunft, weil man damit eine gemachte Ausgliederung zum Teil wieder rückgängig machen möchte. Es ermöglicht aber die Chance einen im Einzelfall gerechten Erlass zu machen und damit genau das Mass an Autonomie zu skalieren, wie man es sich wünscht. Uns als Aufsichtsinstanz ermöglicht es beispielsweise auch Einflussmöglichkeiten für das Parlament vorzusehen, und nicht nur seitens des Gemeinderates, falls man dies so will. Man hat damit einen hohen Gestaltungsspielraum mit allen Vor- und Nachteilen, die diese Rechtsform bietet. Zusammengefasst ist es wohl wertvoll, wenn man nochmals eine vertiefte Prüfung vornimmt. Dies soll keine Worthülse sein, sondern wir erwarten auch, dass diese Prüfung vertieft gemacht wird und



man sich nicht nur auf die üblichen drei, vier Vor- und Nachteile beschränkt. Auf die Gefahr hin, dass man aus dem Archiv «copy–paste» macht, erlaube ich mir zu erwähnen, dass beschaffungsrechtlich keinerlei Vorteile mehr daraus entstehen, wenn man die eine oder die andere Rechtsform wählt. Seit wir die IVöB¹ erlassen, sind diese Zeiten vorbei, Klammer geschlossen. Wir sind der Auffassung, dass eine Ausgliederung einen echten Mehrwert bieten kann, deshalb helfen wir bei einem Postulat mit und ich als Mit-Motionär sowieso. Aber wenn dann schlussendlich diese Vorlage auf dem Tisch liegt, dann erwarten diesen Mehrwert auch entsprechend. Und wenn es eine pro forma Ausgliederung wird, so werden wir uns dann vielleicht auch dafür haben schlussendlich wieder auf die Bremse zu stehen, so wie unsere Fraktion im Jahr 2012 – und ich war damals auch schon dabei, nicht bereit war, eine Ausgliederung in eine AG zu machen, bei der man einfach befürchtete, dass es darum geht, einem Verwaltungsrat ein wenig mehr Befugnisse zuzuschauen, ohne dass irgendwo eine Gewähr für eine nachhaltig unternehmerische Tätigkeit vorlag. Wir sind aber optimistisch, dass es dieses Mal besser ausgeht. Danke fürs Zuhören.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Ich glaube, dass wir somit alle Fraktionen hörten.

Pascal Dietrich (parteilos): Ich war ja zuvor als Vertreter der Motionäre am Mikrofon und ich dachte dann schon auch, dass ich als Fraktionssprecher nicht mehr ans Pult treten muss, da ich eigentlich bereits alles sagte. Aber was ich hier nun hörte, treibt mich dennoch nochmals nach vorne, weil ich dies so nicht stehen lassen kann. Ich versuchte in meinem Votum doch auf alle Seiten hin zu argumentieren, was uns auch ehrlich ein Anliegen ist. Aber was ich hier nun hörte, finde ich deplatziert. Es geht hier überhaupt nicht um eine Trotzreaktion. Es ist eine Reaktion, ja das stimmt. Und zwar eine Reaktion auf eine Feststellung, dass es nicht gut läuft. Wenn Du das als Trotz qualifizieren willst, dann müsste ich dann kurz überlegen, wie oft man dies auf Eurer Seite auch so qualifizieren kann. Aber ich glaube, dass dies zu nichts führt und ich wirklich zurückweise. Auch die Bemerkung, wonach wir das Stadttheater an die Wand fahren wollen, ist einfach Blödsinn, Gerry Käser, das ist Blödsinn. Das wollen wir sicher nicht. Ich weiss nicht, ob Du Dich einfach noch von gestern her im Wahlkampfmodus befindest oder was ansonsten der Grund für Deine Aussage ist, aber das weise ich so zurück. Niemand will hier das Stadttheater an die Wand fahren, weil uns das Stadttheater Langenthal genauso wichtig ist und auch wir darauf stolz sind. Es ist einfach immer die Frage, was und mit welchen Mitteln man dort etwas machen will. Und da waren wir uns in der Vergangenheit nicht einig, was entsprechend so ist und auch passieren kann. Aber es will hier niemand das Stadttheater an die Wand fahren und dies ist überhaupt nicht die Absicht dieses Vorstosses. Vielmehr geht es darum, dass die Situation für beide Seiten eigentlich besser werden sollte, was ich zuvor hoffentlich verständlich darstellte. Für uns, aber auch für das Stadttheater, das dann Planungssicherheit bekommt und nicht eine Saison zu planen hat, obschon sie noch gar nicht wissen, welche dumme Ideen der Stadtrat erneut hat. Also geschätzte SP/GL-Fraktion, es ist nicht so, dass man etwas an die Wand fahren will und es ist auch keine Trotzreaktion. Es soll alleine darum gehen, dass die Situation für beide Seiten besser wird. Danke.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Da nun alle Fraktionen redeten, kommen wir zu den Einzelsprechern.

Nathalie Scheibli (SP): Dass das Stadttheater am letzten Samstag voll war, ist äusserst erfreulich. Ein bisschen schade war, dass ich mit niemandem aus dieser Runde über diesen gelungenen Saisonstart anstossen konnte. Sie hörten es, dass unsere Fraktion in dieser Frage über eine Annahme oder Ablehnung dieses Postulats gespalten ist. Ich gehöre zu derjenigen Gruppe, die ein Postulat annimmt. Mir scheint es wichtig, dass diese Diskussion über eine autonomere Rechtsform für den Betrieb des Stadttheaters geführt wird. Der Bericht von Friederich und Brühlhart von 2019 lässt mich jedoch zweifeln, ob die öffentlich-rechtliche Anstalt die richtige Form ist. Deshalb bin ich froh, dass es nun so tönte, dass man auch bereit ist, auf die anderen möglichen Formen zu schauen. Um alle Vor- und Nachteile zu kennen, scheint es mir wichtig, dass man eine seriöse Beurteilung vornimmt und auch eine breite Diskussion führt. Ich möchte dann hier am Schluss nicht einfach wieder nur einen Bericht vorgelegt bekommen, sondern ich möchte, dass wir in die Diskussion gehen und zwar unter den Stadträten, und nicht nur in der Verwaltung und beim Gemeinderat. Ich würde da

¹ Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15.11.2019, in Kraft seit: 01.07.2021.



gerne helfen mitzureden. Wie gesagt, werde ich einem Postulat zustimmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Nathalie Scheibli. Es ist überhaupt nicht so, dass man hier irgendetwas probiert, um dem Stadttheater den Schnauf zu nehmen. Im Gegenteil. Wer sich irgendwie ein bisschen vertiefter mit der Grundfragestellung der Auslagerung auseinandersetzt, hätte gemerkt, dass eine Auslagerung dem Stadttheater Chancen eröffnet, die es heute nicht hat. Chance Nr. 1: Im Leistungsvertrag können wir im Moment nichts vom Kanton beantragen, weil wir stadintern keine Miete verlangen können. Alle anderen Häuser, die ausgelagert sind, haben diesen Kostenfaktor, den sie sich etwas subventionieren lassen können. Also könnten wir uns in diesem Punkt etwas besserstellen. Die zweite Chance, um das Angebot des Stadttheaters erweitern zu können, falls es ausgelagert wäre, ist an Spendengelder, Sponsoring etc. heranzukommen. Es spendet niemand der Stadt Langenthal Geld für das Theater. Und das Sponsoring wird im öffentlichen Recht ganz, ganz kompliziert. Deshalb gilt das Gegenteil: Wenn man einmal die Scheuklappen ablegen würde und einmal progressiv denken würde – es gab einmal eine Zeit, als ein politisches Lager den Begriff «progressiv» im Namen trug, so käme man vorwärts.

Wer sieht hier im Saal eine Steintafel? Vor 2000 Jahren bewährte es sich extrem, Texte auf Steintafeln einzuhaue. Und übrigens ist dies nicht nur eine dumme Idee, weil wir von gewissen Kulturen nichts wissen würden, wenn sie uns nicht Steintafeln mit Inschriften zurückgelassen hätten. Somit kann man also nicht sagen, dass Steintafeln keinen Nutzen bringen. Aber irgendeinmal kam einer oder eine und meinte, dass dies vielleicht nicht so praktisch ist, dass man es vielleicht anders machen könnte und erfand das Papier. Dieses setzte sich offenbar durch und unterdessen gibt es keine Steintafel mehr und wenn ich mich hier im Saal umschaue, schauen alle in ihren Bildschirm. Und wenn wir in der Politik nicht mehr die Bereitschaft haben, von irgendetwas, das irgendeinmal bewährt war, Abstand zu nehmen, kommen wir nirgendwo hin. Wenn man eben einer Idee unterstellt, dass sie so oder nur schlecht ist, oder wenn in den Berichten zu lesen ist, dass die anderen die Rechtsform der Aktiengesellschaft und nicht die einer öffentlich-rechtlichen Anstalt wählten, was deshalb gar nicht in Frage kommt, so kommen wir nicht weiter. Zumal dann, wenn das Hauptargument lautet, dass durch eine Auslagerung die politische Einflussnahme verloren geht, was gerade bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt nicht zutrifft. Wie es Patrick Freudiger darstellte, kann man gerade bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt das Maximum an gewünschter Einflussnahme vorsehen. Wenn man nicht die Bereitschaft hat den Blick zu öffnen, so entsteht nie mehr etwas Gescheites aus solch einer Politik. Und da möchte ich bitten, dass man bei der weiteren Bearbeitung dieses Projekts nicht nur einfach mit Phrasen dreschen wie «die anderen tun...», «die anderen haben...» begnügt, sondern dass man tatsächlich die Diskussion sucht. Und da komme ich eben erneut wieder mit einem «Ceterum censeo», was mir leidtut: Unser System baut auf Miliz auf. Unser System ist dann stark, wenn wir das Wissen, das in den Gremien vorhanden ist, auch entsprechend nutzen. Vielleicht wissen das die Wenigsten, dass Patrick Freudiger eine mehrere hundert Seiten umfassende Dissertation über Vor- und Nachteile einer öffentlich-rechtlichen Anstalt schrieb. Dieses Wissen befindet sich hier in der Stadt Langenthal. Er sagte zuvor nicht, dass man es so machen muss, aber es ist vorhanden. Und wenn man das Wissen bei der Erarbeitung dieser Vorlage aber nicht abrufen, so dürfen Sie nicht erstaunt sein, wenn dann im Stadtrat die Frage im Raum steht, in letzter Minute eine Vorlage nochmals zu ändern. Da geht es nicht um Patrick Freudiger, sondern vielmehr darum, dass wir doch das gesamte Wissen nutzen dürfen, das vorhanden ist. Und wenn wir dies nicht machen und nicht die Bereitschaft haben, Neues zu wagen, Neues zu denken, Neues zu bewerten, dann können wir hier im Rat mit dem Politisieren aufhören, weil wir dann nur noch als Bremsklotz wirken und es nur noch darum geht zu sagen, dass dieses oder jenes noch niemand so machte, sodass wir alles so weiter machen wie die Anderen. Danke.

Martin Lerch (SVP): Ich bin froh, dass die Motion in ein Postulat gewandelt wird, was ich dann auch unterstützen kann. Bei einer Motion hätte ich eher Mühe gehabt und dies im Wesentlichen aus zwei Gründen: Es wurde zwar dargelegt, dass man mit einer Auslagerung bessere Möglichkeiten hätte um Geld zu generieren. Dabei bin ich nicht so sicher, ob das dann effektiv in Hülle und Fülle fliessen würde. Ich habe eher die Befürchtung, dass es so bleibt und eine Aufgabe der öffentlichen Hand, unserer Stadt, der Anschlussgemeinden und des Kantons ist. Und der zweite Punkt ist, dass ich durch eine Auslagerung nicht sehe, dass



irgendetwas an Strukturen in unserer Stadt eingespart werden könnte. Ich gehe davon aus, dass es nach wie vor auch eine Kulturkommission braucht. Mit anderen Worten gesprochen, schaffen wir zusätzliche Strukturen und das macht es bekanntlich nicht einfacher, sondern tendenziell schwerfälliger und auch kostenintensiver. Man hat damit durchaus auch Argumente, die hier eine gewisse Skepsis erwähnen lassen. Was mir noch wichtig erscheint, ist, dass man in diese Auslegeordnung durchaus auch den Ist-Zustand einbeziehen sollte, da auch dieser wie erwähnt seine Vorteile mit sich bringt. Ich bin froh, wenn wir dazu ein Postulat überweisen können. Und ich bin auch froh, wenn wir keinen wahnsinnigen Aufwand betreiben müssen, da ja, wie gehört, gewisse Vorarbeiten bereits geleistet wurden, auf denen aufgebaut werden kann.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecher? Nein, dem ist nicht so. Wünscht der Gemeinderat sich noch dazu zu äussern?

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Ich möchte noch etwas zu den Rechtsformen sagen. Es ist so, dass im Anhang 2 zu diesem Bericht vom Büro Arn, Friederich, Strecker, Buchli und Brühlhart tatsächlich steht, dass öffentlich-rechtliche Anstalten bei Gastspielhäusern in der Schweiz «soweit ersichtlich unbekannt» sind; dies einmal als Hinweis zu diesem Punkt. Grundsätzlich möchte ich noch sagen, dass der Gemeinderat sich einer Ausgliederung gar nicht verschliesst. Er kann sich einfach nicht damit anfreunden, dass die öffentlich-rechtliche Anstalt die einzige richtige Form ist, ohne auch weitere Möglichkeiten zu prüfen. Daneben ist zu sagen, dass die möglichen Folgen einer Ausgliederung heute schlicht noch nicht abschätzbar sind. Und wir müssen eine umfassende Auslegeordnung machen. Dann möchte ich noch etwas zum politischen Einfluss sagen. Heute gibt es eine Kommission mit mehrheitlich politisch gewählten Leuten. Danach haben wir dann vielleicht einen Verwaltungsrat und ein Aufsichtsgremium, das durch den Gemeinderat bestimmt wird. Und im Theater wird es wahrscheinlich wieder ein Programmrgremium und weitere Gremien geben. Auch darauf hat dann der Stadtrat oder eine politische Partei sicherlich keinen Einfluss mehr. Ich bitte Sie also, dass Sie uns diesen grossen Schritt genau prüfen lassen. Und wie gesagt, ist der Gemeinderat bereit, alle möglichen Varianten für unser Gastspielhaus zu prüfen. Danke.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Nein. Somit schliesse ich die Beratung und übergebe dem Sprecher der Motion noch einmal das Wort.

Sprecher der Motion, Pascal Dietrich (parteilos): Ich habe nur noch ganz kurz etwas zu sagen, da ich sehe, dass wir uns ja eigentlich einig sind. Ich danke übrigens auch den Sprechern und Sprecherinnen der anderen Fraktionen für ihre Voten, was ich zuvor zu erwähnen vergass, weil ich mich sogleich auf das Gesagte des SP/GL-Fraktionssprechers konzentrierte. Ebenso danke ich Helena Morgenthaler, sind wir uns da doch in weiten Teilen schon auch einig. Es ist einfach nicht so, wie Du sagst, dass dies ein Verwaltungsrat ist, der vom Gemeinderat gewählt wird, da dies bei einem Gemeindeunternehmen in einem Reglement genau zu bestimmen wäre, wer dann wen wählt. Das ist nicht einfach von Anfang an so fix definiert. Bei bisherigen Gemeindeunternehmen in Langenthal war das so, aber das ist nicht zwingend so. Ich möchte hier auf das sehr gute Votum von Diego Clavadetscher verweisen. Wenn man etwas für die Zukunft plant, so muss man nicht zwingend auf den ausgetretenen Wegen der Vergangenheit wandeln. Manchmal kann dies absolut das Richtige sein, aber manchmal sollte man vielleicht aber auch schauen, ob sich etwas Neues etablieren könnte. Von dem her ist es eben schon nicht ganz so und ich bitte den Gemeinderat sich hier selber auch beim Wort zu nehmen und eben wirklich diese Auslegeordnung zu prüfen und nicht von vorne herein zu sagen, dass es dann so ist. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Somit kommen wir zur Abstimmung. Nun wurde die Motion ja in ein Postulat gewandelt und der Gemeinderat würde ein Postulat für erheblich erklären. Wer dieses Postulat für erheblich erklären möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte an. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 23. Oktober 2023

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 4 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:**

- I. 1. **Das Postulat (gewandelte Motion) der FDP/jll-Fraktion, Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023:** Ausgliederung des Stadttheaters aus der Stadtverwaltung und Überführung in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt **wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



10. Motion der FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: Erlass eines Reglements Spezialfinanzierung Schwankungsreserve: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Bei Traktandum Nr. 10 geht es um die Stellungnahme zur Motion der FDP/jll-Fraktion vom 26. Juni 2023 zum Erlass eines Reglements Spezialfinanzierung Schwankungsreserve. Das Eintreten ist zwingend und wir fahren mit der Beratung fort.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Da eine schriftliche Stellungnahme vorliegt, gibt es keine Berichterstattung seitens des Gemeinderates. Die Berichterstattung durch die GPK erfolgt meines Wissens durch Diego Clavadetscher.

Sprecher der GPK, Diego Clavadetscher (FDP): Die GPK beschloss mit 6 Ja bei 1 Enthaltung die formelle Richtigkeit dieser Vorlage. Sie stimmte dabei auch der Qualifikation des Gemeinderates als Motion mit Weisungscharakter einstimmig zu und behandelte mit Roberto Di Nino als Vertreter des Gemeinderates an der Sitzung verschiedene Fragen. Diese Fragen waren mehr politischer Natur. Es ging dabei um die doppelte Fragestellung, die eigentlich dieser Motion zugrunde liegt; einerseits bezogen auf den Inhalt im Sinn von «true and fair view»¹ und andererseits bezogen auf die Handlungsmöglichkeit, die durch ein Reglement geschaffen würde, indem daneben die politischen Gremien in einer bestimmten Situation die Entscheidungsfreiheit hätten, mit dieser heute vorhandenen Reserve etwas anzufangen. Dabei wurden verschiedene Fragen gestellt, zu denen beidseitig unterschiedliche Meinungen vorlagen und wir heute sicherlich nochmals etwas dazu hören werden. Von dem her gesehen kann ich die Berichterstattung zu diesen Fragen und Antworten abkürzen. In materieller Hinsicht oder zum Inhalt dieser Motion ergaben sich dann keine neuen Informationen mehr.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke auch dafür. So kommen wir zum Sprecher der Motion. Welchem Motionär darf ich das Wort übergeben?

Sprecher der Motion, Diego Clavadetscher (FDP): Für den dritten Beschluss der GPK, dass man mich als Sprecher bestimmte, sodass ich nun bereits wieder ans Mikrofon trete, kann ich nichts dafür. Wir haben folgende Ausgangslage: In unserer Jahresrechnung gibt es im Eigenkapital unter Konto Nr. 29600 eine Neubewertungsreserve mit einem Finanzvermögen von 2,9 Mio. Franken und daneben unter Konto Nr. 29601 eine Schwankungsreserve in der Höhe von 5,27 Mio. Franken, das dort plakativ gesprochen «parkiert» ist. Diese Neubewertungsreserve, damit dies allen bewusst ist, reduzieren wir im Moment jährlich um rund Fr. 734'000.00, bis dann der Betrag aufgebraucht ist. Dies entspricht einem Wert, der zufälligerweise einmal geschaffen wurde und damit das Ergebnis um beinahe ein halbes Steuerzehntel verbessert. Entsprechend stelle ich mir da die Frage, ob dies nun bei strenger Betrachtung effektiv dem Grundsatz von «true and fair view» entspricht. «True and fair view» bedeutet, dass man die Rechnung so legen sollte, dass sie den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. «True and fair view» ist eine Forderung an eine Rechnung, der gemäss dem öffentlich-rechtlichen Rechnungslegungsrecht, aber auch im privaten Bereich entsprochen werden muss. Da geht es um Wertungsfragen, wozu man immer wieder eine unterschiedliche Meinung haben kann. Dabei muss man sich aber bewusst sein, dass, wenn dies eine Ablehnung dieses Vorstosses begründet, man auch ehrlich sein muss, dass man eigentlich einen Teil vom heutigen Thema bereits so abwandelt, indem man das Ergebnis verbessert, ohne dass man echt etwas verdiente.

Um was geht es denn jetzt noch? Bis ein neues Reglement vorliegen würde, ist die Neubewertungsreserve wohl bereits aufgebraucht. Somit geht es um diese Schwankungsreserve von 5,27 Mio. Franken in unserer Jahresrechnung. Momentan haben wir allerdings keine konkrete Idee, was wir damit anfangen können. Das Dumme ist einfach, dass, falls jemand im Rahmen einer Budgetdebatte eine schlaue Idee dazu hätte, was

¹ Der Grundsatz von "true and fair view" erfordert, dass die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt.



wir mit diesem Geld machen könnten, wir dann ohne Reglement nichts damit machen können. Kurz auf den Punkt gebracht, entspricht dies unserem Anliegen, warum wir diese Motion einbringen. Die Antwort des Gemeinderates ging dann in eine etwas andere Richtung, indem man uns Dinge als Intention unterstellte, die nicht unserer primären Stossrichtung entspricht. Uns geht es darum, Handlungsfreiheit zu bekommen. Dieser Motion jetzt zuzustimmen, wäre nie so einfach wie heute, da am nächsten Montag die Kickoff-Sitzung einer Kommission stattfindet, die der Gemeinderat einsetzte und sich mit der Finanzpolitik dieser Stadt im grösseren Kontext befassen wird. Wenn nun heute der Stadtrat zu dieser Motion Ja sagt, könnte ich mir vorstellen, dass man im Rahmen dieser Kommissionsarbeit dieses notwendige Reglementchen, da es hier nur um zwei, drei Artikel geht und keine lange Geschichte nach sich zieht, gerade auch gleichzeitig im Kontext der Überarbeitung der Finanzsituation erstellen könnte. Anschliessend würde es in einem grossen Kontext zurück in den Stadtrat kommen, wonach dann immer noch beurteilt werden könnte, ob man es will oder nicht will. Aber wenn man heute nicht zustimmt, ist es von mir aus gesehen eine verpasste Chance an etwas in einem grundsätzlichen Zusammenhang zu arbeiten. Wir bitten Sie diese Motion erheblich zu erklären.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Wir kommen nun zu den Fraktionssprechern. Welcher Fraktion kann ich das Wort erteilen? Gibt es keine Fraktionssprecher zu dieser Motion. Nein, das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelsprecher?

Pascal Dietrich (parteilos): Ich akzeptiere absolut, dass man über solche Dinge unterschiedlicher Meinung sein kann. Das ist ganz klar. Aber über das, was hier in der inhaltlichen Stellungnahme des Gemeinderates geschrieben wurde, musste ich ganz fest den Kopf schütteln. Warum? Wenn man diese Motion liest, namentlich den letzten Absatz, in dem geschrieben steht: «Mit Rücksicht darauf, dass Langenthal noch immer bedeutende Summen in Wertschriften angelegt hat, erscheint es angezeigt, ein Reglement für eine Spezialfinanzierung Schwankungsreserve zu erlassen. In diese soll die bestehende Schwankungsreserve anschliessend überführt werden». Wie Diego Clavadetscher dazu ausführte, geht es um 5,27 Mio. Franken, was übrigens auch weiter oben im Motionstext als Information zu finden ist. Sodann wird als Erstes in der inhaltlichen Stellungnahme des Gemeinderates ausgeführt, dass verwaltungsseitig das Argument ins Feld geführt wird, «dass im Falle einer Einführung einer Spezialfinanzierung diese zuerst dotiert werden müsste und damit das Budget der Erfolgsrechnung eher weiter belastet würde». Da musste ich wirklich den Kopf schütteln.

Erstens muss diese Schwankungsreserve nicht separat dotiert werden, sondern es war ja genau die Idee der Motion, dass man die bestehende Schwankungsreserve in diejenige überführen könnte, die das Reglement zu regeln hat. Das ist genau die Idee. Wir haben ja eine und die beläuft sich ja bereits über die Höhe von mehr als 5 Millionen Franken. Sogar wenn Langenthal gar nichts hätte und über keine Schwankungsreserve verfügen würde, ist es nicht so, dass wir in diesem Reglement dazu gezwungen wären hineinzuschreiben, dass man die Spezialfinanzierung zuerst dotieren muss. Wir könnten sehr wohl darin festhalten, dass die Spezialfinanzierung genau in dem Moment dotiert wird, wenn das nächste Mal ein Buchwertgewinn auf den Finanzanlagen anfällt und dieser dann darin abgeführt wird. Da wäre Stadtrat frei. Natürlich kann man auch etwas Anderes machen, aber es ist einfach nicht so, dass wir gezwungen wären, diese zuerst zu dotieren. Von dem her ist die inhaltliche Stellungnahme des Gemeinderates einfach schlicht und ergreifend falsch. Und das irritiert mich schon auch, dass man uns hier solche Sachen serviert und das muss nun einmal gesagt sein.

Das andere, dass dann ausgeführt wird, wonach es dem «True and fair view»-Prinzip widersprechen würde, kann wohl abendfüllend diskutiert werden. Ich sprach mit drei bernischen Finanzverwaltern von bernischen Gemeinden, die zwar alle ein bisschen kleiner sind als Langenthal, aber teilweise doch auch 5'000 Einwohner haben. Die sind alle doch auch der Meinung, dass sie es anders sehen, namentlich eben deshalb, weil ja der Kanton Bern genau diese Möglichkeit explizit nicht nur vorsieht, sondern – wenn man den Art. 51a der Gemeindeverordnung liest, eigentlich auch empfiehlt. Denn dort steht genau, dass «die Schwankungsreserve bezweckt, Wertverminderungen aus den periodischen Neubewertung von Finanzvermögen ... aufzufangen, damit diese nicht zu übermässigen Schwankungen in der Erfolgsrechnung führen». Das ist genau das, was uns der Kanton Bern als Instrument zur Verfügung stellt und in dem Sinn, so wie es formuliert ist,



auch empfiehlt. Wenn dies vom Kanton so beschreiben wird, kann man wohl nicht behaupten, dass dieser Vorstoss etwas bezweckt, das dem «True and fair view»-Prinzip widerspricht. Sie wissen ja, dass der Auslöser die Jahresrechnung 2022 war, die ganz anders ausgesehen hätte, wenn man diese Buchwertverluste, die am 31. Dezember 2022 bestanden, aber zum Zeitpunkt im Juni 2023, als wir hier im Rat die Rechnung diskutierten, bereits wieder ganz anders aussahen, nicht hätte voll durchschlagen lassen. Und selbstverständlich will man umgekehrt auch nicht, dass die Rechnung dann besser aussieht, wenn man Buchwertgewinne verzeichnen kann, die dann auch wieder wie der Schnee an der Sonne wegschmelzen können. Also fasse ich kurz zusammen, dass es eigentlich nichts als vernünftig wäre, wenn man hier ein solches Instrument hätte. Der Kanton stellt dies ausdrücklich zur Verfügung und empfiehlt es. Und ich sehe keinen Grund, warum die Stadt Langenthal hier schlauer sein sollte und dies partout nicht wollen sollte. Ich bitte Sie deshalb darum, diese Möglichkeit zu schaffen. Diego Clavadetscher erwähnte es, dass es nie so günstig ist wie heute Abend, so kann nämlich diese Kommission, die nun ihre Arbeit aufnimmt, dies sogleich miteinfließen lassen. Seien Sie so gut und geben Sie sich einen Ruck und glauben Sie den Aussagen des Gemeinderates nicht ganz. Ich weiss nicht weshalb, aber ich habe hier schon den Eindruck, dass hier gewisse Scheuklappen vorhanden sind und man dies einfach nicht will. Seien Sie so gut und ermöglichen Sie diese Chance, dass wir ein solches Reglement für eine Spezialfinanzierung «Schwankungsreserve» machen können. Danke.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecher? Nein. So wünscht jetzt der Gemeinderat noch das Wort.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Vorneweg möchte ich meinen beiden Vorrednern für die engagierten Voten danken. Ich nahm die Äusserungen zur Kenntnis, aber es wurde auch bereits angedeutet, dass ich diese nicht teile. Ich muss vielleicht ganz kurz auf den Hintergrund von zwei Punkten eingehen, die hier angesprochen wurden. Ein Aspekt, den ich aus den Voten heraushörte, war, dass man mit diesem Vorstoss eigentlich Handlungsmöglichkeiten schaffen möchte, um mit diesen Reserven etwas anfangen zu können. Und dazu kann ich Ihnen die Antwort wie folgt geben, indem ich Ihnen erläutere, wie diese Reserven zustande kamen. Dies hat einen Zusammenhang mit dem Übergang von HRM1 zu HRM2¹. Damals musste man die Aufwertung über Neubewertungsreserven erfassen, was dann eben zu diesen grossen Buchwertgewinnen führte. Dabei legte uns der Gesetzgeber, die bernische Gemeindeverordnung, mit den dazugehörigen Übergangsbestimmungen fest, dass nach fünf Jahren ein bestimmter Betrag, das heisst 10% der Finanzanlage und 5% der Liegenschaften, in eine Schwankungsreserve überführt werden müssen. Und über das reden Sie ja jetzt hier. Und den Restbetrag musste man in der Neubewertungsreserve lassen. Dieselben Übergangsbestimmungen besagen eben, ohne dass ich Ihnen den genauen Artikel dazu jetzt an dieser Stelle nenne, aber dann im Nachgang zur Sitzung den Votanten noch aushändige, dass der Restbetrag im Verlaufe von fünf Jahren aufgelöst werden muss. Das passiert auch mit diesen Fr. 734'000.00, die Stadtrat Diego Clavadetscher zurecht erwähnte. Das dauert bis ins Jahr 2026 und danach ist dieses Töpfchen leer. Bis zu diesem Zeitpunkt profitieren wir noch von einer Defizitbegrenzung, respektive Defizitminderung in diesem Umfang.

Und nun kommen wir eigentlich zu dieser Schwankungsreserve. Es ist ein Missverständnis Ihrerseits zu glauben, dass man mit dieser Reserve nichts machen kann. Selbstverständlich kann man das. Art. 81 und Art. 81a der Gemeindeverordnung regeln diesen Sachverhalt und bereits heute wäre es möglich gewesen die Buchverluste, die wir im letzten Jahr erlitten, über die Schwankungsreserve zu verbuchen. Dafür benötigen wir kein Reglement, denn dafür besteht bereits eine gesetzliche Grundlage und hätte man so machen können. Aber es war eine Entscheidung, dass wir dies nicht machen wollten. Und ja, es hat einen Zusammenhang mit unserem Anspruch von «true and fair view». Wir machten während Jahren an der Börse Gewinne und schrieben diese Gewinne immer dem steuerfinanzierten Haushalt gut. Da wäre es aus meiner Sicht sehr sachwidrig, dass man dies, wenn es in die andere Richtung geht, verschleiern wollte und elegant über diese Schwankungsreserve verbucht hätte. Das wäre unehrlich und hinter einem solchen Vorgehen hätte ich nicht

¹ HRM1/HRM2 = Harmonisiertes Rechnungslegungsmodelle für Kantone und Gemeinden



stehen können. Auch wenn die gesetzliche Grundlage diese Möglichkeit zulässt, ist es immer eine politische Wertung, ob man diese Lücke oder diese Spielmöglichkeiten in Anspruch nehmen will oder nicht. Ich sage ganz offen, dass ich das nicht will, da es gegen die Ehrlichkeit ist und eigentlich einen Verstoss gegen das «True and fair view»-Prinzip darstellt. Pascal Dietrich meinte ja dazu, dass er drei Finanzverwalter dazu befragte. Wenn man drei Wirtschaftsprüfer gefragt hätte, hätte man eine andere Antwort erhalten. Insofern sagte ich es, dass ich den Vorstoss anhand der gemachten Überlegungen zwar als gut gemeint erachte, er aber wirkungslos ist. Im Moment können wir über eine allfällige Auflösung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften frei bestimmen. Das heisst, dass man im Zusammenhang mit Buchverlusten oder besser gesagt mit Verlusten im Finanzvermögen, diese Reserve auflösen könnte. Wenn wir solch ein Reglement erarbeiten, dann müssen wir natürlich auch die Möglichkeit definieren, wie diese Reserve dotiert werden soll. Und logisch geht das nachher dann wieder zulasten des steuerfinanzierten Haushalts. Und als Präsident dieser zuvor angesprochenen Kommission, wie natürlich auch als Gemeinderat würde ich Ihnen hier empfehlen, diese Motion so zu beurteilen, wie dies der Gemeinderat machte. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht zuzutreffen. Somit schliesse ich die Beratung und frage an, ob der Sprecher der Motion nochmals das Wort wünscht?

Sprecher der Motion, Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank Roberto Di Nino für Dein engagiertes Entgegenhalten. Aus meiner Sicht ist es immer besser, wenn man eine reglementarische Grundlage schafft. Ich stelle aber fest, dass heute Abend in einem Punkt Klarheit geschaffen wurde. Wenn an der nächsten Budgetsitzung und bis in alle Zukunft, solange sich die Gemeindeordnung nicht ändert, im Stadtrat ein Antrag gestellt würde, dass man die Schwankungsreserve für diejenigen Dinge antasten möchte, die das Gesetz dafür vorsieht, ein solcher Antrag rechtens wäre. Das wäre bereits ein erster Erkenntnisgewinn des heutigen Abends. Von dem her gesehen lohnte sich diese Diskussion bereits schon einmal. Nichtsdestotrotz, damit wir noch klarere Klarheit schaffen können, halten wir an unserem Antrag auf Erheblichkeitserklärung dieser Motion fest und wir würden uns freuen, wenn Sie diesen unterstützen würden.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Nun kommen wir zu den Abstimmungen. Wer den Antrag des Gemeinderates gemäss Ziff. I zustimmen möchte und die Motion als Motion mit Weisungscharakter qualifizieren möchte, hält nun die Stimmkarte in die Höhe. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Wer nun den Antrag des Gemeinderates unter Ziff. II gutheissen und diese Motion für nicht erheblich erklären möchte, zeigt dies nun ebenso mit der Stimmkarte an. Wer stimmt für eine Erheblichkeitserklärung? Wer enthält sich der Stimme?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimme Nein und 1 Enthaltungen:**

- I. **Die Motion der FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023:** Erlass eines Reglements Spezialfinanzierung Schwankungsreserve **wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 21 Stimmen Ja gegen 12 Stimme Nein und 4 Enthaltungen:**

- II. 1. **Die Motion der FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023:** Erlass eines Reglements Spezialfinanzierung Schwankungsreserve **wird nicht erheblich erklärt.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



11. Motion der SP/GL-Fraktion und GLP/EVP-Fraktion vom 26. Juni 2023: Mobile Begrünung: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 11 mit der Stellungnahme zur Motion der SP/GL-Fraktion zur mobilen Begrünung. Da das Eintreten zwingend ist, fahren wir direkt mit der Beratung weiter.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es keine, da sie in schriftlicher Form vorliegt. Von der GPK gibt es auch keine Berichterstattung. Somit hätten die Motionäre das Wort.

Sprecherin der Motion, Verena Heubi (SP): Wir freuen uns grundsätzlich über die Stellungnahme zu unserer Motion. Unser Stadtratspräsident Michael Schenk zeigte doch gleich zu Beginn des Jahres kurz und bündig, wie schnell und unkompliziert eine Bepflanzung von Paletten möglich ist. Und das Resultat konnten wir den ganzen Sommer hindurch bestaunen. Auch heute Abend standen die Hochbeete immer noch blühend hinter dem Chrämerhuus. Wir freuen uns auf jeden Fall, und ich glaube auch noch ein bisschen daran, dass wir vielleicht sogar einmal an der Langete unter Bäumen bei Sträuchern auf gemütlichen Sitzgelegenheiten eine Pause einlegen und unsere Stadt so geniessen können. Gerade auch, weil diese Motion als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert wurde, freuen wir uns über eine Umsetzung in absehbarer Zeit und nicht nur über einen Bericht, der in der Schublade verschwindet. Ob es dann auch ein Gewächshaus dazu benötigt, ist fraglich. Auf unserem Ratsausflug diesen Sommer nach Spiez konnten wir uns an den bunten Gemüsesorten in den mobilen Kübeln und Hochbeeten auf Plätzen und in den Gassen von ganz Spiez erfreuen. Und falls der Werkhof weiterhin knapp an Personal ist, könnte es ja auch möglich sein, diese Leistung einzukaufen. Wir denken da an ein Etcetera oder dann gibt es sicherlich auch noch andere Möglichkeiten. Aber ich bedanke mich für die positive Rückmeldung.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. So möchte ich die Fraktionssprecher bitten sich zu melden.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): So eine Begrünung löst bei mir schon auch Emotionen aus, da ich auch so aufwuchs. Wenn ich daran denke, durch einen Märchenwald in der Stadt zu wandern, der nicht fix ist, tönt dies extrem gut. Aber wir reden auch von Bäumen, die Schatten spenden können. Und ich glaube, dass der Werkhof, so wie ich mit ihnen bei unserem Ausflug reden konnte, allenfalls nur solche Bäume einlagern könnte, die uns eben keinen Schatten spenden. Die grossen Bäume, die Schatten spenden würden, können sie nicht einlagern. Und dann fragt sich, was dieser Unterhalt mit einem allfälligen Umtopfen kostet und wo wir diese grossen Töpfe einlagern. Vielleicht müsste man die Motion sogar in eine mit Weisungscharakter umwandeln, weil es dann plötzlich einen Umfang annimmt, der heute nicht absehbar ist. Geschweige denn, wenn solch riesige Bäume, die wirklich Schatten spenden und man eine Kinderschaukel anbringen könnte, was ja schön wäre, auf dem Wuhrplatz sicher abgestellt und verankert werden müssten, damit sie vom Wind nicht umgeweht werden. Ist das wirklich zielführend? Oder könnte man nicht das, was wir bereits haben, sauber pflegen? Und wir haben ja viel Grün und man sagt ja von uns, dass wir eine grüne Stadt sind. Und ich glaube, dass uns der Werkhof zu Dank verpflichtet wäre, wenn wir ihm nicht noch mehr Arbeit aufhalsen würden. Wir sind dagegen. Merci.

GLP/EVP-Fraktion, Niluja Nadesalingam (GLP): Unsere Fraktion freute es ebenso, dass der Gemeinderat diese Motion unterstützt. Wir fanden, dass man dies mit einem Privatunternehmen umsetzen könnte, ohne damit den Werkhof zu belasten. Dementsprechend folgen wir der Empfehlung des Gemeinderates.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es weitere Fraktionen, die sich dazu äussern möchten? Nein. Gibt es Einzelsprecher?

Dyami Häfliger (GLP): Janosch, der Auftrag in der Motion lautet: «Der Gemeinderat wird beauftragt, Möglichkeiten zu schaffen, um im Stadtgebiet mobile Begrünung zu platzieren». Das heisst nicht, dass wir danach



viele grosse Bäume brauchen, die Schatten spenden. Es geht hier um die Möglichkeit zur mobilen Begrünung und es geht um eine Motion mit Richtliniencharakter, was bedeutet, dass der Gemeinderat damit sicher gut umgehen kann, da es ja keine genaue Weisung beinhaltet, wie er dies machen soll. Ich denke, dass dies ein sehr niederschwelliger Auftrag ist, die Stadt in Zusammenarbeit mit Privaten, Firmen und Einzelpersonen etwas grüner zu gestalten. Ich weiss nicht, ob Sie in diesem Jahr nachmittags am Street Festival auf dem Wuhrplatz waren, als es auf dieser riesigen Fläche sehr, sehr heiss war. So etwas würde man heute wohl nie mehr so planen. Ich bin dann auch auf den grossen Platz beim Bahnhof gespannt, bei dem ja dem Vernehmen nach noch Bäume gepflanzt werden sollen. Auch dort geht es um eine riesige Fläche, die dann einfach sehr heiss wird. Es geht hier um die Möglichkeit eine solche Begrünung zu schaffen, der man gut zustimmen kann, zumal die Motion möglichst kostenneutral ausgestaltet ist und in dem Sinn keine direkte Anweisung enthält, dass man 15m hohe Bäume kaufen muss, die dann vom Werkhof eingelagert werden müssen und dafür 20 neue Leute anzustellen hat. Ich übertreibe damit, was mir schon klar ist. Hier geht es einfach darum die Möglichkeit zu schaffen und es würde vielleicht auch noch zusätzlich Private animieren, dies auch zu machen. Ich kenne selber Privatpersonen, die schon selber eine solche mobile Begrünungsanlage bauten, was zwar nicht so erfolgreich war, aber ich denke in Zusammenarbeit mit der Stadt würde dies sehr gut kommen. Besten Dank für Ihre Unterstützung dieser Motion.

Janosch Fankhauser (SVP): Ich weiss schon, dass ich etwas übertrieb. Aber wir müssen schauen, dass wir bei der Sache bleiben. Du sagtest, dass anlässlich des Street Festivals der Wuhrplatz heiss war. Das Gegenargument lieferte letztthin die Gewerbeausstellung GALA, als wir innovativ wurden und über Mitglieder des Gewerbevereins Riesenbäume hinstellten und damit ein tolles Ambiente schufen. Und ich glaube, dass es in Bezug auf ein Street Festival nicht die Aufgabe der Stadt ist, einen solchen Anlass zu begrünen. Ich möchte nur am Rande erwähnen, dass es möglich ist und ich finde es eine gute Sache und es gibt schöne Möglichkeiten, aber es ist nicht eine stadtverpflichtende Sache. Das sollen Private an solchen Events organisieren und Leute mit grünem Daumen beiziehen, die etwas vom Fach verstehen und es schön gestalten können.

Georg Cap (GL): Ich möchte dem letzten Votum widersprechen, finde ich doch schon auch, dass es Aufgabe der Stadt ist, um zu schauen, dass die Stadt lebenswert und es schön in der Stadt ist, damit man durch die Stadt gehen und sich in der Stadt aufhalten kann, ohne auf einem brütend heissen Betonplatz keine gute Zeit zu haben. Logisch ist es so, dass bei einem Event der Veranstalter oder die Veranstalterin noch selber die Initiative ergreifen kann, um Dinge schön oder weniger schön zu machen. Aber ich denke für das allgemeine Leben in der Stadt ist dies sicher wichtig, dass die Stadt darauf auch Einfluss nimmt. Es ist die Aufgabe der Stadt, die Stadt lebenswert zu machen. Und ich denke mit einer mobilen Begrünungsanlage ist dies optimal möglich, weil man dann zielgenau begrünen und Raum schaffen kann, wo es nötig ist. Angenommen wir würden eine fixe Installation fordern, so müsste man irgendwelche Betonböden aufreissen oder den Wuhrplatz umbauen, aber das wollen wir ja nicht. Aber mit einer mobilen Begrünungsanlage wäre es möglich, genau dort, wo eine Begrünung nötig ist, diese zu platzieren und diese auch hin- und herzuschieben, damit es für die Leute angenehm ist. Für einen Event kann man dies dann auch etwas anders aufstellen. Aber auch für das alltägliche Leben ausserhalb von Events würde es einen Mehrwert schaffen. Ich denke, dass dies wichtig ist. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecher? Nein, dem ist nicht so. Wünscht nun der Gemeinderat noch das Wort. Ja, dem ist so.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Wir hörten nun Vieles dafür und dagegen. Dabei möchte ich vielleicht noch auf einen Punkt eingehen. Der Gemeinderat sieht dies eben auch als Möglichkeit für diejenigen Plätze, auf denen nicht alles dauerhaft begrünt werden kann. Ich möchte da an den Johann-Schneider-Amman-Platz oder an den schon genannten Wuhrplatz erinnern. Wenn wir dort fixe Bäume installieren würden, würden diese bei Anlässen sicherlich im Weg stehen. Und mit dieser mobilen Begrünung könnte man natürlich darauf entsprechend reagieren. Es hilft dabei auch ein Problem zu lösen, das wir gerade auch im Tiefbau, wenn wir all diese Plätze wieder begutachten, planen und schauen, wo man Bäume setzen kann, erleben, wonach dann das Setzen von neuen Bäumen die Durchführung von coolen Anlässen behindert. Mit einer



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 23. Oktober 2023

mobilen Begrünung wäre dies dann aber möglich.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Dem ist nicht so. So schliesse ich die Beratung. Wünscht jemand seitens der Motionäre nochmals das Wort? Nein. Somit kommen wir zu den Abstimmungen. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer I zustimmen möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

So folgt die zweite Abstimmung. Wer, wie der Gemeinderat unter Ziff. II, die Motion für erheblich erklären möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

I. **Die Motion der SP/GL-Fraktion und GLP/EVP-Fraktion vom 26. Juni 2023: Mobile Begrünung wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 16 Stimmen Nein und 1 Enthaltung:**

II. 1. **Die Motion der SP/GL-Fraktion und GLP/EVP-Fraktion vom 26. Juni 2023: Mobile Begrünung wird erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



12. Interpellation Dietrich Pascal (parteilos) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: Weichenverbindung zwischen Stammlinie und Neubaustrecke – die Chance des Jahrhunderts für Langenthal!: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen zur Traktandum Nr. 12 mit der Beantwortung und dem Antrag auf Abschreibung der Interpellation von Pascal Dietrich und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023 zur Weichenverbindung zwischen Stammlinie und Neubaustrecke. Das Eintreten ist zwingend und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Dazu gibt es keine Berichterstattung durch den Gemeinderat, weil diese schriftlich erfolgte. Auch die GPK lässt sich dazu nicht vernehmen. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit eine kurze Stellungnahme abzugeben, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Sprecher der Interpellation Pascal Dietrich (parteilos): Ja, danke, das mache ich gerne. Ich möchte sogleich mit meinem Dank weiterfahren. Ich danke dem Stadtpräsidenten und es ist noch interessant, dass diese Interpellation direkt vom Stadtpräsidenten beantwortet wurde, was aber sicherlich auch effizient ist. Herzlichen Dank für diese Antwort. Ich bin mit damit zufrieden und nehme zur Kenntnis, dass man sich in der Stadtverwaltung und namentlich aber auch in der Chefetage bewusst ist, welche Chance sich hier in den nächsten Jahren für Langenthal bietet und dass man dabei alles, was möglich ist, unternehmen will, um diese auch nutzen zu können. Von dem her bin ich sehr zufrieden, vielen Dank.

Eine oder zwei Bemerkungen habe ich noch. Es wird vor allem auch ausgeführt, dass diese Tangentialverbindung Biel-Solothurn-Langenthal-Zofingen-Sursee davon profitieren könnte, dabei zuerst einmal die Direktverbindungen Zofingen-Langenthal-Solothurn und dann noch erweitert durch die Stationen, die ich zuvor erwähnte. Da bin ich sehr gleicher Meinung, gerade auch wenn man daran denkt, dass beispielsweise in Biel die Fachhochschule gebaut wird, die sicher auch viele junge Leute aus dem Oberaargau besuchen werden, sodass dies dringend nötig wäre, dass man auf dieser Achse mit dem ÖV etwas unternimmt. Von dem her bin da sehr dafür. Aber es geht mir auch noch um etwas Zweites: Und zwar geht es mir immer noch um den Status Quo ante. Sie wissen sicherlich, dass wir in Langenthal vor der Bahn 2000 direkte Verbindungen Bern-Langenthal hatten, die in Burgdorf, Wynigen und Herzogenbuchsee nicht anhielten. Wir hatten dann zu Stosszeiten einen IC-Halt. Diese Züge wurden jeweils von vielen Langenthalern genutzt. Das war so etwas Gutes, da man eben nicht mehrere Zwischenhalte hatte, sondern direkt nach Langenthal kam. Und mit dieser Weiche, die hier dann gebaut würde, wäre natürlich auch eine solche Verbindung wieder etwas, das rein technisch möglich wäre, damit Langenthal dann nicht wieder von diesem Fernverkehr abgehängt ist, wie dies 2004 passierte, sondern auch wieder die Möglichkeit hätte daran zu partizipieren. Ich weiss, dass es dafür sicherlich grössere Widerstände gibt, weil andere Städte mehr boomen und grössere Bevölkerungszuwachse zu verzeichnen haben als wir. Aber da ist dann immer auch die Frage nach dem Huhn und nach dem Ei. Warum haben andere Städte grössere Bevölkerungszuwachse? Vielleicht eben auch deshalb, weil die ÖV-Verbindungen besser sind. Da müssen wir wirklich alles unternehmen, dass dies bei uns jetzt auch wieder bessert. Aber ich glaube daran, dass dies dem Gemeinderat und dem Stadtpräsidenten bewusst ist und sie alles, was möglich ist, unternehmen werden. Vielen Dank für die Beantwortung der Interpellation, die natürlich dazu dienen sollte, dass man auch in Bern darauf aufmerksam wird, dass dies in Langenthal wirklich auch Wellen schlägt.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Eine Diskussion findet nur dann statt, wenn der Stadtrat dies wünscht, was hier nicht zutrifft. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer mit der Abschreibung der Interpellation einverstanden ist und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 23. Oktober 2023

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**
 1. **Die Interpellation Dietrich Pascal (parteilos) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023:** Weichenverbindung zwischen Stammlinie und Neubaustrecke – die Chance des Jahrhunderts für Langenthal! **wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



13. Interpellation der SP/GL-Fraktion vom 26. Juni 2023: Erhöhung des Referenzzinssatzes. Was unternimmt der Gemeinderat um die Mieter*innen zu schützen?: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir kommen zum Traktandum Nr. 13. Dies betrifft die Beantwortung und Abschreibung der Interpellation der SP/GL-Fraktion vom 26. Juni 2023 zur Erhöhung des Referenzzinssatzes und was der Gemeinderat unternimmt, um die Mieterinnen zu schützen. Das Eintreten ist auch hier zwingend und wir fahren direkt mit der Beratung fort.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Auch hier gibt es keine Berichterstattung durch den Gemeinderat, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Ebenso wenig gibt es eine Berichterstattung durch die GPK. Nun hat der Sprecher der Interpellation kurz die Möglichkeit mitzuteilen, ob man mit der Antwort zufrieden ist.

Sprecherin der Interpellation, Linus Rothacher (SP): Ich möchte mich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen und für die Ausführungen zu dieser Thematik bedanken. Unsere Fragen wurden dabei soweit beantwortet und wir sind mit der Abschreibung der Interpellation einverstanden. Inhaltlich möchte ich aber dennoch kurz einen Punkt herausstreichen. Gemäss der Antwort des Gemeinderates wurden die Mietzinslimiten in der Sozialhilfe, also die maximalen Wohnkosten, die im Rahmen der Sozialhilfe übernommen werden, vor 20 Jahren erarbeitet. Und wie wir alle wissen, entwickelten sich die Mietzinsen seither nach oben. Dies führt zur Situation, dass heutzutage ein Teil der Miete teilweise aus dem Grundbedarf der Sozialhilfe gedeckt werden muss. Das ist für uns eine ziemlich unbefriedigende Situation, sodass wir daher erfreut darüber sind, dass die kommunal festgelegten Mietzinslimiten angepasst werden sollen. Wir hoffen dabei, dass dies möglichst zeitschnell passieren wird. Merci für das Zuhören.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Eine Diskussion findet auch hier nicht statt, sofern sie nicht entsprechend gewünscht wird. Somit schreiten wir zur Abstimmung über die Abschreibung. Wer mit der Abschreibung dieser Interpellation einverstanden ist und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):**

1. **Die Interpellation der SP/GL-Fraktion vom 26. Juni 2023: Erhöhung des Referenzzinssatzes. Was unternimmt der Gemeinderat um die Mieter*innen zu schützen? wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



14. Interpellation Zaugg-Streuli Franziska (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: Stand Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Auch bei Traktandum Nr. 14 geht es um die Beantwortung und den Antrag auf Abschreibung einer Interpellation von Franziska Zaugg-Streuli und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023 zum Stand der Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und der Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark. Das Eintreten ist auch hier zwingend und wir gehen zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Eine Berichterstattung des Gemeinderates gibt es nicht, da eine schriftliche Beantwortung vorliegt. Die GPK meldete auch keine an. So übergebe ich das Wort an die Interpellantin Franziska Zaugg-Streuli für eine kurze Stellungnahme.

Sprecherin der Interpellation, Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Zuerst einmal herzlichen Dank für die Beantwortung meiner Fragen betreffend dem Spielplatz Hirschpark. Generell bin ich ja schon froh, dass ich 52 Jahre alt wurde ohne Vergiftungssymptome, obwohl ich jahrelang auf einem bleiverseuchten Klettergerüst spielte. Ja, wie ich lesen konnte, wird dies mit einem neuen Spielplatz noch ziemlich lange gehen. Ich hoffe jedoch sehr, dass ich dann einmal mit meinen Grosskindern – und ich hoffe, dass dies noch eine Zeitlang geht, sind meine Kinder doch erst zwischen 18 und 23 Jahre alt, auf einem neugestalteten Spielplatz im Hirschpark spielen gehen kann. Manchmal bleibt einem nur noch der Sarkasmus, wonach das Ganze, wie unser Kollege Daniel Steiner-Brütsch bereits vor Jahren wiederholt sagte, «nur noch ein Trauerspiel» ist. Zuletzt möchte ich noch bemerken, dass ich schon noch froh wäre, wenn mit diesen vor zehn Jahren gesprochenen 1,8 Mio. Franken endlich die restlichen neun von diesen 13 Spielplätzen in Langenthal realisiert werden. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Auch hier findet keine Diskussion statt, wenn dies nicht entsprechend verlangt wird. Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit würden wir auch hier sogleich über die Abschreibung der Interpellation abstimmen. Wer einverstanden ist, diese Interpellation abzuschreiben und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug zu beauftragen, bezeugt es mit der Stimmkarte. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen (einstimmig):

1. Die Interpellation Zaugg-Streuli Franziska (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2023: Stand Gesamtsanierung Kugelfang Hinterberg und Neugestaltung Kinderspielplatz Tierpark **wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 23. Oktober 2023

15. **Mitteilungen des Gemeinderates**

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Zu diesem Traktandum liegen keine Mitteilungen vor.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 23. Oktober 2023

16. **Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse**

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Es liegen keine Vorstösse vor, die zur heutigen Sitzung eingereicht wurden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 23. Oktober 2023

In eigener Sache

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Soweit wir informiert sind, hatte André Rentsch heute seine letzte Sitzung. Ist dem so? Hast Du es Dir heute Abend nicht nochmals anders überlegt? Nein, sodass ich mich bei Dir für Dein Mitwirken im Stadtrat bedanken möchte. Besten Dank für Deinen Einsatz und ich hoffe, dass Du mit dieser Zeit, in der Du nun frei hast, ebenso etwas Sinnvolles anfangen. Viel Vergnügen und nochmals besten Dank.

(Applaus)

Die nächste Stadtratssitzung findet am Montag, 27. November 2023 auch wieder hier in der Alten Mühle statt. Der Sitzungsbeginn wird Ihnen noch bekanntgegeben. Merci für das Mitwirken, für das pünktliche Erscheinen nach der Pause und ich wünsche allen eine gute Zeit und bis schon bald wieder, schönen Abend.